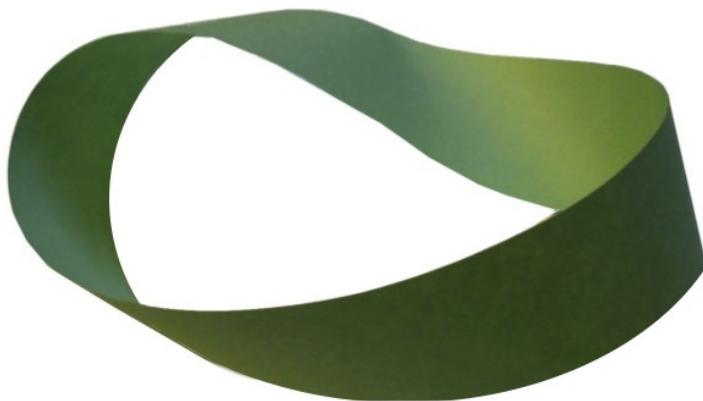


Das Umweltkonto

Ein Konzept ausgleichender Gerechtigkeit

von Norbert Held



**Wir können Armut abschaffen, indem wir
zugleich ökologisches Handeln
und Wirtschaft
stärken.**

„Zur Zeit, als der große Weg herrschte, war
die Welt gemeinsamer Besitz“

I Ging, Das Buch der Sitte, 100 v. Chr.

Version vom 17. August 2025

Der zuvor betitelte Text "AllInclusive" von 2020 wurde aufgeteilt. Die Kapitel über die Freiheit sowie über meine Vorschläge zu einer qualitativen Demokratie erscheinen jetzt als eigenständige Texte.

Inhalt

Einleitung

Das Umweltkonto	13
Grundeinkommen ein Plädoyer	54
23+ Punkte einer verlässlichen Zukunft	62
Umfassendes Persönliches Umweltkonto, U-PUK	76

Einleitung

Vor der Frage: *Was können wir tun?* muss der Frage nachgegangen werden: *Wie müssen wir denken?*¹

Kriege um Lebensraum und Ressourcen sind längst weltweit entbrannt. Globale Umweltzerstörungen zwingen Menschen massenhaft zur Flucht. Dennoch halten wir Menschen in den Industrienationen an unseren Produktions-, Konsums- und Lebensweisen fest. Eingefahren in alten Denkmustern und Vorstellungen weigern wir uns, neue Lebens- und Versorgungsweisen in den Blick zu nehmen. Dabei könnten wir relativ leicht unsere gesellschaftliche Teilhabe und Lebensstruktur ändern, ohne überkommene Ideologien zu bemühen. Wir können Armut ab- und Gemeinwohl schaffen, indem wir zugleich ökologisches Handeln stärken. Das klingt nach einem Märchen, insbesondere, wenn ich ergänze, dass sich das hier Vorgeschlagene realisieren lässt, unabhängig davon wie sich der Rest der Menschheit entscheidet, dass es von großem Vorteil hinsichtlich der Lebensumstände ist, egal wie sich diese entwickeln werden, dass es zugleich nichts zur Verschlechterung derselben beiträgt und seinen Vorteil nicht zum Nachteil anderer generiert; wenn ich dann noch sage, dass von den bestehenden marktwirtschaftlichen Strukturen nichts (notwendig) geändert werden müsste, und es grundsätzlich sofort bei laufendem Betrieb eingeführt werden könnte und dennoch sofort

¹ s.h. Joseph Beuys "Aufruf zur Alternative, Frankfurter Rundschau 23.12.1978, der Martin Heidegger zitiert "Die Kehre", Stuttgart 1962, S. 58. Mit diesen Bezügen darf ich ausdrücklich Michael Kopatz widersprechen, besonders dem Titel seines im Ganzen lesenswerten Buches: "Schluss mit der Ökomoral, wie wir Welt retten, ohne ständig daran zu denken.", München 2019. Wenn wir nicht beginnen, die unser Handel leitenden Vorstellungen zu überdenken und d.h. gerade auch ethisch, werden wir immer wieder vom Regen in die Traufe kommen.

Siehe dazu auch Donella H. Meadows "Die Grenzen des Denkens, wie wir sie mit System erkennen und überwinden können" eekom-verlag (2010) 2019.

starke positive Effekte zeitige, ist man geneigt diese Schrift mit einem Lächeln beiseite zulegen.

Bevor man jedoch leichtsinnig alles verwirft, scheint es mir ratsam, über die jetzigen als "realistisch" eingestuften politischen Vorstellungsmuster nachzudenken. Ist die "Leistungsgesellschaft" nicht ebenso wage und fragwürdig, wie die ewig beschworene Wachstumsideologie irreführend? Hat uns nicht unbedachtes Folgen einer unsichtbaren Hand des Marktes (Adam Smith 1723 - 1790) zahlreiche Krisen und Konflikte beschert? Wenn wir etwas bessern wollen, so der österreichische Philosoph Günther Anders (1902 - 1992), genügt es nicht irgendwie "die Welt zu verändern, das tun wir ohnehin. Und weitgehende geschieht das ohne unser Zutun. Wir haben diese Veränderung auch zu interpretieren. Und zwar um diese zu verändern. Damit sich die Welt nicht weiter ohne uns verändere. Und nicht schließlich in eine Welt ohne uns."²

Während der Corona-Epidemie (2020-2022) präsentieren Wirtschaftsexperten und Denkfabriken immer wieder die selben kurzlebigen "Hilfspakete" oder "Entlastungsprogramme". Politik reagierte meist ohne Plan³, ohne Vision - kleinteilig und umständlich im Rahmen üblicher Verfahren. Dabei wurden strukturbedingten Probleme garnicht in den Blick genommen. Diese Umständlichkeit und Ignoranz kostet viel Geld und Ressourcen, raubt unendlich viel Zeit und verursacht viel Leid, selbst da, wo sie als "Hilfe" gedacht ist. **Zudem haben wir nicht mehr die Zeit jedes Problem einzeln anzugehen, sondern brauchen aufgrund der Komplexität der Probleme komplexe Antworten. Die Probleme sind strukturbedingt, daher müssen auch die Antworten strukturelle sein. Sie müssen unabhängig vom Mitwirken anderer Staaten und unabhängig von der globalen Entwicklung eine Zukunftspers-**

² Günther Anders, "Die Antiquiertheit des Menschen", Band 2, München 1980, Geleitwort zum 2. Band.

³ "Ihr habt keinen Plan, darum machen wir einen", hgg. von Claudia Langer, Jugendrat der Generationenstiftung, München 2019. Ich konnte aber auch in diesem Buch keine wirklich neuen Pläne entdecken.

spektive für die Menschen unserer Republik geben, ohne dies zum Schaden anderer zu tun. Wenn wir dabei strukturell nicht alles und jeden einbeziehen, werden wir scheitern.

Man bequemt sich leider häufig alles technisch lösen zu wollen, und zögert bei jedem Schritt in die Genügsamkeit.⁴ Ich will hier verdeutlichen, dass ich nicht "gegen" Technik⁵ bin (Wie sollte das gehen?), sofern man nicht automatisch diese mit dem Zwang verbindet, alles Machbare auch verwirklichen zu müssen, bevor man sich gut überlegt hat, wohin das führen könnte.⁶ Der viel beschworenen Heilsbotschaft des technischen Fortschritts hat bereits Bernard Verbeek in seiner Schrift "Die Anthropologie der Umweltzerstörung" entgegengehalten, dass es einen klaren "Blick nach vorn" nicht gibt und wir auf Überraschungen gefasst sein sollten.⁷

Ich begrüße ausdrücklich Wissenschaftlichkeit, d.h. nach dem Satz des Grundes in seiner vierfachen Form⁸, d.h. strukturierte, überprüfbare, erfahrungsbasierte und -offene Erkenntnis inkl. der Hinterfragung ihrer Entstehungs- und Begriffsgeschichte. Ich erfreue mich an unaufgeregtem Realismus⁹ und erinnere an Brechts Worte, es sei nicht Ziel der Wissenschaft, der unendlichen Weisheit eine Tür zu öffnen, sondern eine Grenze zu setzen dem unendlichen Irrtum.¹⁰

⁴ s.h. S.h. auch Dschuang Dsi, "Der Ziehbrunnen" in "Das wahre Buch vom südlichen Blütenland".

⁵ Anwendungs-, Durchführungskunst. Das Wissen und die Fertigkeit bestimmte Dinge zu vollbringen. Die Kunst Erkenntnisse von Wirkzusammenhänge für das Leben fruchtbar zu machen. - Über die Grenzen technischen Fortschritts zur Lösung von Umweltproblemen lese man **Kapitel 6 in "Die Grenzen des Wachstums, Das 30-Jahre Update", 6. Aufl. 2020, S. 211 ff.**

⁶ s. h. Günter Anders "Die Antiquiertheit des Menschen" Band I + II München 1980.

⁷ Bernhard Verbeek "Anthropologie der Umweltzerstörung", Darmstadt 1990 (3. erweiterte Aufl. 1998), S.89 f: "Das Jahrhundert des Aberglaubens".

⁸ s.h. A. Schopenhauer, "Über die vierfache Wurzel des Satz vom zureichenden Grunde", Werkausgabe, Zürich 1988, Bd. III, S.7 ff.

⁹ Julian Nida Rümelin hat hier klare Worte gefunden. Mentis-Verlag 2018.

¹⁰ Bertholt Brecht, "Leben des Galilei" (1938/39) Frankfurt a.M. 81. Auflage, 2021, S. 85.

Angesichts vor uns stehender Probleme ist es weder gut, den Kopf in den Sand zu stecken, noch alles zu beschwichtigen. Nur Zuversicht, die gut belegte Warnsignale erst nimmt, ohne die Nerven zu verlieren, kann helfen. Angstfrei und ernsthaft gilt es Sachverhalte in den Blick zu nehmen, die unseren Lebensraum bedrohenden: Ressourcenmangel, Klimawandel, Kunststoffe/Mikroplastik, multiresistente Keime, sowie Ewigkeitschemikalien (PFAS), die unser Trinkwasser und unsere Böden vergiften, oder das größte Artensterben seit 60 Millionen Jahren. Bei genauerer Betrachtung sind die Problemfelder miteinander verwoben. Die Wand derzeitiger und zukünftiger Probleme gibt Poren¹¹ frei, sobald wir uns zurücknehmen. Der "Schritt-zurück", den diese Schrift empfiehlt, ist nötig und nicht mit Rückschrittlichkeit zu verwechseln. Er ist Ausdruck eines "übergeordnetes Verantwortungsprinzip"¹² und gibt neue Lebensräume und Gestaltungsformen frei. Manches wäre schon gebessert, wenn wir Vieles einfach unterließen.¹³ Weniger Lärm, weniger Schutzwände, weniger Streulicht in der Stadt, mehr Sterne in der Nacht. Bei der Zurücknahme müssten Lasten und Freuden fair geteilt werden, weil diejenigen, die sich vernünftiger Weise zurücknehmen, sonst automatisch ins Hintertreffen geraten.

Haben die Beschränkungen in der Corona-Pandemie deutlich die Schwachstellen unseres Teilhabe- und Verteilungssystems markiert, so zwingt uns der barbarische Überfall Russlands auf die Ukraine, den globalen Ressourcennotstand genauer im Blick zu behalten.¹⁴ Längst geht es nicht mehr nur um CO₂ bzw. das Klima. ***Der gesamte Ressourcenkanon heutigen Wirtschaftens steht auf dem Spiel.*** Auch hier

¹¹ gr. poros : Weg.

¹² Paech, Niko und Manfred Folker "All you need is less", München 2020, S. 182. s.h. auch Hans Jonas "das Prinzip Verantwortung" von 1979!

¹³ s.h. Gronemeyer, Marianne, „Genug ist Genug, Über die Kunst des Aufhörens“, Primus Verlag 2008. Die ganze taoistische Denktradition des WU WEI, des Nicht-tun-Tuns gehört hier her. S.a. Manfred Folker u. Niko Paech, "All you need is less", München 2020.

¹⁴ Ob man gleich die Welt neu denken müsse, wie Maja Göpel meint, halte ich philosophisch für zu hoch gegriffen. "Die Welt neu denken" Maja Göpel (alias Marcus Lauer, Die Zeit NR. 33. 11. 08. 22. S. 3) Berlin 2020.

bedarf es umfassenderer struktureller Antworten. Wer immer nur auf Sicht fährt, verliert sich in jeder Bucht.

Wenig zu sprechen komme ich auf Menschen mit Behinderungen, deren Integration und Inklusion uns aufgrund derzeitiger Teilhabestrukturen viel Mühe bereitet. Dies liegt schlicht daran, dass Sie im Zusammenhang von Umweltkonto (wie beim Grundeinkommen) ihre stigmatisierende Sonderrolle verlieren. Denn Menschen mit Behinderung sind von vornherein vollwertig eingebunden, was nicht heißt, dass ihnen über das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) und das persönliche Umweltkonto (PUK) hinausgehende nötige Unterstützung versagt bleiben sollte.

Bevor es los geht, eine Anmerkung zu "arm" und "reich". In meinem Bemühen transformative Konzepte zum gesellschaftlichen Ausgleich aufzuzeigen, spielt Neid keine Rolle, sondern einzig die Frage nach Gerechtigkeit.

Geld/Besitz oder dessen Mangel ist kein moralisches Kriterium. Wohl aber verpflichtet Geld/Besitz zu moralischer Vorbildlichkeit, wie umgekehrt Armut nicht alles entschuldigt. **Für das Konzept des Umwelt-Kontos ist nicht die moralische Einstellung der Menschen, sondern allein ihr Verhalten ausschlaggebend.** Was zunächst verwundert, ist jedoch ein großer Vorteil dieses Konzepts. Die Evolution und ebenso die klimatisch-physikalischen Umweltbedingungen kümmern sich nicht um unsere Einstellung. Für sie ist es gleich, aus welchen Gründen wir (als Spielball eben dieser Evolution) bestimmte Dinge tun oder lassen, ob aus Geiz, Einsicht, Mangel an Geld, Mitgefühl oder Lust. Die Lebenswelt reagiert nur auf **wirkliches** Verhalten. Ein zweiter großer Vorteil des Konzeptes des Persönlichen Umweltkontos ist, dass es - wie bereits angedeutet - im laufenden Betrieb umgesetzt werden kann. Es bedarf außer seiner Einführung keiner weiteren Änderungen der gesellschaftlich Strukturen, - was nicht heißen soll, dass es nicht hier und

da wünschenswert wäre (s.h. dazu nachfolgend die "23+Punkte, Grundeinkommen und Umwelt-Konto").

Die Bezeichnung "geldreich" verwende ich parallel zu "geistreich", um auf die Problematik in der Bezeichnung "Vermögen" hinzuweisen. Geld und Geist schließen sich nicht einander aus, wie Platon, Seneca, Gautama Buddha, Goethe, Schopenhauer, Marcel Proust, Thomas Mann u.a.m. beispielhaft zeigen. Aber Geld ist auch kein Garant für Geist, noch nicht einmal für Klugheit, wie unzählige Emporkömmlinge ebenfalls zum Leid vieler Menschen demonstrieren. Die Problematik im Begriff des "Vermögens" liegt darin, dass er dazu einlädt Möglichkeit mit Fähigkeit zu verwechseln. Dies liegt in der Abstraktheit des Geldes als Tauschmittel, sofern es uns ermöglicht, uns anderer Menschen Fähigkeiten zu bedienen. In dieser Hinsicht ist ein geldreicher Mensch ein vermögender, - mit dem Makel, wie Nietzsche anmerkt, dass "nur wer Geist hat, [...] B e s i t z haben [sollte], sonst ist der Besitz g e m e i n g e f ä h r l i c h."¹⁵

¹⁵ Friedrich Nietzsche "Menschliches Allzumenschliches, ein Buch für freie Geister" Zweiter Band, 1. Abteilung Nr. 310, Alfred Kröner Verlag Stuttgart 1978, S. 135. "Geist ist die Selbstkritik des Lebens", Th. Mann, "Nietzsche's Philosophie im Lichte unserer Erfahrung", Frankfurter Ausgabe, Bd. IX, S. 695.

Das Persönliche Umwelt-Konto (PUK)

Zur Renaissance der sozialen Marktwirtschaft

In den Freiburger Thesen formuliert die FDP 1971 folgende Grundrechte und Leitlinien:

"Zu den unabdingbaren Menschenrechten gehört das Recht auf eine Umwelt im besten Zustand [...]"

Umweltschutz hat Vorrang vor Gewinnstreben und persönlichen Nutzen. Umweltschädigung ist kriminelles Unrecht [...]"

Die Kosten der Umweltbelastung werden grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip aufgebracht... [...]"

Darüber hinaus wird die öffentliche Hand eingreifen müssen, um ein umweltfreundliches Verhalten nicht nur der Unternehmer, sondern auch der Verbraucher durchzusetzen."¹⁶

Hätte die FDP diese Thesen weiter verfolgt, hätte es meiner Ansicht nach Bündnis90/Die Grünen nie gegeben. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat nun am 25 Juli 2025, nach 54 Jahren, genau diese Grundrechte bestätigt,¹⁷ während sich die FDP zur Bewahrung kapitalgeleiteter und wettkampftartiger Teilhabebedingungen weit davon entfernte.

Soll der Wandel im Umgang mit beschleunigt knapper werdenden Ressourcen und steigenden Emissionen gelingen, bedarf es gesellschaftlich einer gerechten, umfassenden, zukunftstauglichen Verteilungs-

¹⁶ FDP, Freiburger Thesen, S.71 - S.76 , 1971

¹⁷ IGH Den Haag Avis Consultativ vom 25. Juli 2025 "Obligations of States in respect of Climate-Change"

struktur.

Da wir unserer Natur nach überwiegend opportunistisch veranlagt sind, reicht ein Appell an die Vernunft nicht. Vielen Menschen fehlt schlicht die Vorstellungskraft und das Wissen für die langfristigen und komplexen Zusammenhänge, trotz großartiger Bemühungen von Wissenschaftlern, diese gemeinverständlich aufzuzeigen.¹⁸ Wir brauchen einen direkten kontinuierlichen Anstoß, um unser Verhalten zu ändern.

Dies zeigte sich im Rahmen der Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus. Klimatisch gesehen war das Aufkommen des Virus ein Segen.¹⁹ Kein noch so beherzter Appell an die Vernunft hätte die Menschen weltweit zwecks Erhalt des Klimas zum Innehalten bewegt. Wenn diese Maßnahmen wirtschaftlich ein Problem darstellten, dann vor allem dadurch, dass unsere gesellschaftliche Teilhabestruktur überwiegend auf Erwerbsarbeit d.h. auf Lohn in Form von Geld, aufgebaut ist.

Nun könnte man meinen, dass, solange die Erwerbsarbeit möglich ist, könnte man mit Geld ökologische Anreize geben, z.B. die ökologischen Kosten in die Marktpreise einrechnen, gegebenenfalls eine Umweltsteuer erheben. Alle zahlen dann das Gleiche. Aufgrund der Vermögensschiefelage jedoch funktioniert die Steuerung über Geld bzw. erhöhte Preise nicht und hätte gesellschaftlich fatale Folgen. **Einem großen Teil der Bevölkerung würde über die höheren Preise der Zugang zu Ressourcen stark erschwert, während die wenigen Geldreichen keinen Effekt verspürten.** Diese Schwierigkeit ist im Grunde erkannt und Thema verschiedener Debatten, - allerdings bislang ohne Lösung.

¹⁸ Christoph Buchal, Christian-Dietrich Schönwiese, "KLIMA, Die Erde und ihre Atmosphäre im Wandel der Zeiten." Helnholtz Gemeinschaft, Gütersloh 2010 (3.Auflage 2016).

¹⁹ WRD5 28. Feb. 2020 : <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-politikumsatire/audio-covid--loest-greta-ab-100.html> Sehr beeindruckend dokumentieren auch Satellitenaufnahmen der Nasa die Verbesserung der Luftverhältnisse über China d.h. die deutlich reduzierten Schadstoffemissionen.

Es bleibt die Frage: **Ist eine ökologisches Umsteuern ohne Verordnungen, ohne Handelseingriffe und ohne Steuererhöhung möglich?** Meine Antwort: **JA**, indem man Zugriffsrechte an alle Bürger gleich verteilt.

Durch Einführung eines "Persönlichen-Umwelt-Kontos" (PUK), das

- von Einführung, Zuzug o. Geburt an
- für jeden Einwohner im Geltungsbereich des PUK (Bund, Land o. Kommune) gleich
- nach durchschnittlichen Vorjahres-Verbrauch von seltenen Ressourcen/ schädlichen Emissionen aller
- mit Zugriffspunkten jährlich für jeden gleich **gefüllt** wird,

könnten wir Ressourcen-/ Emissionseinsparung und die Vermögens-schieflage als zentrale Probleme unserer Gesellschaft verbunden angehen. Denn **Einkommens- und Obdachlose** sowie fast alle Kinder während der ersten 15 Jahre ihres Lebens, **haben** etwas, was den Geldreichen abgeht: **Eine gute Ökobilanz**.²⁰ Der durchschnittliche CO₂-Ausstoß der Bundesbürger mag erschrecken. Ermittelt man die Verursacher hinsichtlich der Vermögens- und Einkommensverteilung, ergibt sich ein ganz neues Bild. Dann unterschreiten die allermeisten den Durchschnitt, weil wenige geldreiche Bürger ihn erheblich überschreiten.

Das hier vorgeschlagene Konzept eines persönlichen Umwelt-Kontos (PUK) verfolgt und kombiniert folgende Ziele:

- dynamisch und flexibel gegen Ressourcenverschwendung und Schadstoffemissionen zu wirken,
- Ausstieg aus Konsum- und Wachstumszwängen,
- Armut (insbesondere Kinderarmut) abzuschaffen,

²⁰ polemisch könnte man auf den japanischen Milliardär Yusaku Maezawa verweisen, der seit 2016 eine Touristenfahrt zum Mond in Blick nimmt und dabei keine Probleme hat, sich die dazu nötigen Ressourcen zu kaufen, inkl. Lebenspartnerin. Seriöser ist der Hinweis auf eine Studie des Bundesumweltamtes 39/ 2016.
S.h. auch ARD Panorama ["Das Klima und die Reichen"](#) vom 12. 01. 2023.

- Generationengerechtigkeit zu gestalten
- einen Ausgleich der Vermögensschiefelage
- dabei marktwirtschaftlich-liberal bleiben und ohne direkten monetäre Eingriffe auszukommen (Steuern).

Gerechte Umverteilung ist zugleich mit dem Anreiz für ökologisches Verhalten Ziel des PUK. Die drei Buchstaben "PUK" stehen auch für **P**ersönliches-**U**mverteilungs-**K**onto.

Der Ausdruck "marktwirtschaftlich-liberal" bedarf einer Erläuterung: Ich unterscheide zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft und nehme dazu die Definition von Karl Marx als Leitbild, ohne seinen politischen Ideen zu folgen. Der Kapitalismus ist seiner Leitidee, der Kapitalvermehrung, vom Schema Geld-Ware-Geld+ (Mehrgeld) getrieben, die Marktwirtschaft von dem Schema Ware-Geld-Ware, d.h. vom Tauschgeschehen im Sinne einer Verteilung von Gebrauchswerten. Die Quelle kapitalistischen Reichtums liegt im Abschöpfen des Mehrwertes, der Ausbeute. Die der Marktwirtschaft in der Reichhaltigkeit gegenseitigen Austausches von Produkten und Dienstleistungen. Kapitalismus nutzt die Ungleichheit zwischen bezahlter Arbeitskraft und Produktionskraft der Arbeit.²¹ Marktwirtschaft folgt der Idee der Gleichheit des Tausches (Win-Win-Situation).²²

Liberal ist die Marktwirtschaft meiner Ansicht nach dann, wenn von staatlichen Institutionen oder wirtschaftlichen Monopolen in einen durch faire Regel definierten Markt nicht beliebig eingegriffen wird. Erst in

²¹ s.h. Karl Marx, "Das Kapital" im Zusammenhang ausgewählt von Benedikt Kautsky, 1. Buch, 5. Kap., II, "Der Verwertungsprozeß oder die Produktion des Mehrwertes", [Stuttgart 1969, S. 155]: "Daß ein halber Arbeitstag nötig ist, um ihn während 24 Stunden am Leben zu erhalten, hindert den Arbeiter keineswegs, einen ganzen Tag zu arbeiten. Der Wert der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß sind also zwei verschiedene Größen. Diese Wertdifferenz hatte der Kapitalist im Auge, als er die Arbeitskraft kaufte."

²² Marktwirtschaft hat es auch vor dem Kapitalismus gegeben. Anette Kehlen hat kürzlich in ihrem Buch "Wir konnten auch anders", München 2021, verschiedene Formen marktwirtschaftlichen liberalen Handels im 14. und 15. Jh. dargestellt, - s.h. besonders Kap. 4 über Mikrokredite.

Zusammenhang von Regeln macht es überhaupt Sinn von einer Gesetzmäßigkeit des Marktes zu sprechen.

Grundlagen von PUK:

a) **Wirtschaft** (Volks- bzw. Nationalökonomie) **dient der Versorgung aller Menschen mit den für ihre Lebensentfaltung notwendigen Dingen**, danach mit den gewünschten Dingen. "Nachhaltiges" Wirtschaften ist ein Pleonasmus. Wirtschaften zielt immer auf Nachhaltigkeit. Sie versucht Versorgung dauerhaft und wiederkehrend sicher zu stellen.²³ Den eigenen Versorgungsast abzusägen nennt man nicht Wirtschaften, sondern Dummheit. **Spekulieren ist kein Wirtschaften, sondern stört bzw. zerstört diese**. So zerstören Lebensversicherungen, die auf spekulative Mitnahmen ihre Dividende aufbauen, das, was sie zu sichern vorgeben: lebensfreundliche Zukunft.²⁴

b) **Unter dem Aspekt der Freiheit und Gleichheit aller Menschen gehören alle Ressourcen allen Menschen (richtiger allen Lebewesen) gleichermaßen**.²⁵ Erst mit der Besitznahme von Grund und Boden, also mit dem Aufkommen der Agrikulturen vor ca. 12.000 Jahren, entstanden all die Probleme, mit denen wir uns heute vermehrt und immer wieder herumschlagen: alle Besitzstreitigkeiten, Knappheit. Ressourcendenken, Arbeit, Ausbeutung, Krieg, Benachteiligung von Frauen.²⁶ So heißt es noch im „Li Gi“, Buch der Sitten, welches die konfuzianische Lehre im 1. Jh. vor Chr. formuliert: „Zur Zeit, als der

²³ s.h. Annette Kehnel "Wir konnten auch anders", München 2021, in dem sie zahlreiche historische Beispiele nennt, wie Wirtschaften als Nachhaltigkeit über Jahrhunderte selbstverständlich war. Erst die industrielle Moderne besonders die Konsumgesellschaft ab den 1960er Jahren setzt dem ein Ende.

²⁴ s.h. die Ausführungen von Joseph Stiglitz in "Der Preis des Profits, wir müssen den Kapitalismus vor sich selbst retten", München 2020, besonders der 1. Teil der Schrift.

²⁵ Das gleiche Recht auf Ressourcen ist ein Zugriffsrecht und läßt Erschließungs- und Vermarktungsrechte zunächst unangetastet, sofern diese nicht Zugriffsrechte verletzen.

große Weg herrschte, war die Welt gemeinsamer Besitz.“²⁷ Dies spiegelt eine Sichtweise auf Natur und Lebensraum wieder, wie sie Jäger- und Sammler-Kulturen seit Jahrhunderttausenden zu eigen war und immer noch ist, und von der wir eine Menge lernen können, wenn wir überleben wollen.²⁸

Niemand hat Wasser, Öl, Gas, Erze u.d.m. hergestellt, daher stehen sie allen zu. Somit ist ein gleicher Zugang zu wichtigen Ressourcen menschlicher Entwicklung (Rawls/ A. Sen, s.a. Menschenrechtscharta der UN) eine Frage der Gerechtigkeit, ein Grundrecht. Grundrechte braucht/kann man nicht "verdienen", weil man sie hat. Nun ist aber die Besitznahme ein Fakt. Kann man sie rückgängig machen? Vielleicht muss man sie garnicht rückgängig machen, sondern universal durchgängig. Wie das gehen könnte, zeigt das Umweltkonto, indem es Ressourcen und Emissionsrechte in der Vorstellung (durch Zugriffspunkte) an alle gleichmäßig verteilt und somit Besitztümer resozialisiert, ohne die Besitzer zu enteignen. Das wird im Weiteren noch verdeutlicht.

c) Das Nicht-Verbrauchen von Rohstoffen und Nicht-Ausstoßen von Giften ist eine gemeinnützige Unterlassung. Egal aus welchem Grund ein Mensch wenig Ressourcen verbraucht,²⁹ dieser Nichtverbrauch sollte gerechterweise positiv angerechnet werden!

"Eine 'Bildung für nachhaltige Entwicklung' (BNE)", schreibt Nico Peach in "All You Need Is Less", "die diesen Namen noch verdient, müsste daher weit über Mülltrennung oder die Funktionsweise einer Windturbine

²⁶ Harald Meller, Kai Michel, Carel von Schaik, "die Evolution der Gewalt, warum wir Frieden wollen aber Kriege führen. eine Menschheitsgeschichte", München 2024 (dtv).

²⁷ 3. Kap., 1. Teil, Nr.2, übersetzt von Richard Wilhelm, Jena 1930, S. 30.

²⁸ s.h. James Suzmann "Sie nannten es Arbeit, eine Andere Geschichte der Menschheit", Beck-Verlag, München 2022. Carel von Schaik, Kai Michel "Mensch sein: Von der Evolution für die Zukunft lernen" Rowohlt-Verlag, Hamburg 2023.

²⁹ Dass z.B. der CO₂-Verbrauch mit dem Einkommen steigt, darauf verweist das Magazin Spiegel in einem Bericht online hin:<http://www.spiegel.de/wirtschaft/klimawandel-das-koennen-sie-persoendlich-dagegen-tun-a-1240539.html> 6. Dez 2018 15:44 Uhr und, wie erwähnt, die Studie 39 /2016 des Bundesumweltamtes.

hinausreichen, nämlich primär die notwendige Unterlassung ruinösester Handlungen thematisieren."³⁰

Die Grundprobleme

Was im Folgenden genannt, ist im Grunde bekannt. Um so mehr wundert es, dass kaum etwas zur Abschaffung dieser Missstände getan wird. Die Systematik, die Struktur, die diese Missstände hervorbringt, bleibt unangetastet.

Weil das Umweltkonto ökologischen und sozialen Ausgleich verbindet, kann man es daher immer von zwei Seiten beschreiben. Richtiger gesagt verbindet es beide Aspekte nicht, sondern diese ergeben sich aus deren Zusammenhang, wie ihn der UNEP Bericht von 1999/2000 bestätigt (Zitat unten). Ich wähle die Perspektive der Umwelt, weil sie die Grundlage unseres Lebens bildet. Drei zentrale Probleme lassen sich so benennen.

Öko-Schiefelage

Übermäßiger Ressourcenverbrauch / Übermäßige Schadstoffbelastung und deren Verteilung bzw. Verursachung pro Kopf.

Soziale Schiefelage

Extreme Ungleichheit bei den Einkommen und Vermögen.

Motivationsschiefelage

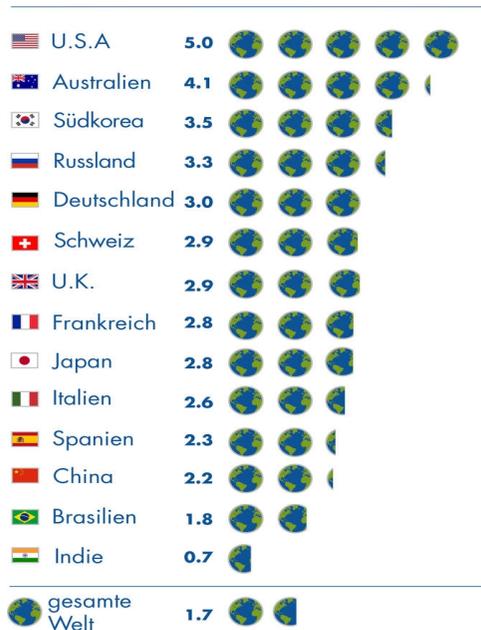
Mangel eines gerechten Regelsystem für sozial-ökologisches Handeln.

³⁰ Niko Paech "Suffizienz als Antithese zur modernen Wachstumsorientierung" in : "All you need is less" a.a.O. S. 178.

Öko-Schiefelage

Nicht allein CO₂- und Methan-Emissionen gefährden unsere Lebenswelt. Zahlreiche zum Leben und Wirtschaften wichtigen Ressourcen/Rohstoffe werden in den nächsten 50 bis 100 Jahren deutlich knapper oder aufgebraucht sein: Wasser, diverse Metalle, diverse Chemikalien, seltene Erden, Energieträger, Brennstoffe aber auch Wohnraum und Atemluft, Trinkwasser. Sondermülldeponie und Böden werden "angereichert" mit Ewigkeitschemikalien und erzeugen samt Bergbau ruinen "Ewigkeitskosten". Wie es generell um unseren Verbrauch an Ressourcen bezüglich der Vorkommen und deren Erneuerbarkeit auf der Erde steht, veranschaulicht folgendes bekannte Schaubild:

Wie viele Erden bräuchten wir, wenn alle Leute der Welt so leben würden wie die Bewohner von...



Source: Global Footprint Network National Footprint Accounts 2018

Soll der Wandel im Umgang mit allgemein knapper werdenden Ressourcen und zu vermeidenden Emissionen gelingen, bedarf es gesellschaftlich einer gerechten, umfassenden Verteilungsstruktur. Oder in den Worten von Bernhard Verbeek:

„Wenn [...] die sozialen Systeme weiter bestehen sollen, muß eine stabilisierende Rückkopplung zum Erhalt der ökologischen Basis eingebaut werden, **und zwar über das Recht** (Hh. NH). Die Folgen – auch und gerade die unangenehmen – müssen möglichst *sofort* auf den Verursacher zurückwirken. Ressourcen schonend, Eingriffe minimierend.“³¹

Wie erwähnt, wird dazu gefordert, dass die Preise für Handelsprodukte und Dienstleistungen auch die ökologischen Kosten widerspiegeln sollten (s. o. Freiburger Thesen der FDP 1971). Dies scheint zwar nach dem Verursacherprinzip gerecht, aber nur dann, wenn die Zugriffsrechte, d.h. Geld und Vermögen, relativ gleichmäßig verteilt sind. – Das sind sie aber nicht. Dies führt zum zweiten Problem.

Soziale Schieflage

In Deutschland (2017) gehören 1 % der Bevölkerung 18% des Nettoprivatvermögens.³² "Knapp 2,1 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Deutschland waren 2023 armutsgefährdet. Das entspricht einer Armutsgefährdungsquote von 14,0 %,“³³ Ein Aufschlag ökologischer Kosten auf die Preise würde Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu wichtigen Produkten verwehren. Wie der ausgezeichnete Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen am Beispiel der Hungersnot in Bengalen 1943 gezeigt hat, ist häufig

³¹ Bernhard Verbeek, ehemals Professor für Zoologie und Didaktik der Biologie an der Universität Dortmund verfasste 1990 die sehr lesenswerte Schrift „Die Anthropologie der Umweltzerstörung“, S. 260.

³² <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61781/vermoegensverteilung/> Zugriff 17.08.2025.

³³ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/07/PD24_N033_63.html Zugriff 17.08.2025.

nicht Mangel an Nahrungsmitteln, sondern schlicht deren hoher Preis, d.h. ihre Unerschwinglichkeit, die Ursache, dass viele Menschen hungern.³⁴

Geld ist ein Tauschmittel, durch das man Zugriff auf alle gesellschaftlich produzierten Güter und Dienstleistungen erhält. Wer nicht regelmäßig und ausreichend Geld bekommt, hat diesen Zugriff nicht. Er kann an der Gesellschaft nicht teilhaben. Er würde verhungern, auch wenn die Regale im Supermarkt voll sind.

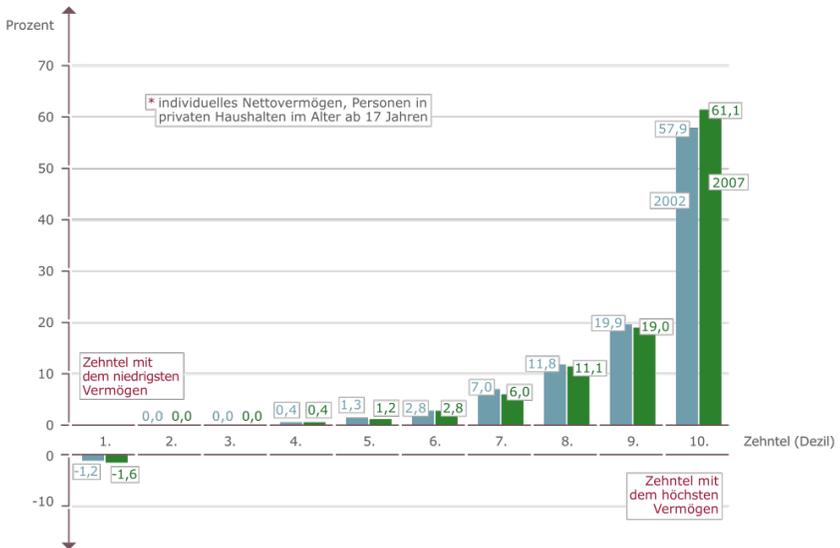
Seit den 1970er Jahren hat der Unterschied zwischen dem ärmsten Teil unserer Gesellschaft und dem reichsten stark zugenommen. Sogar innerhalb der 10% Reichsten sind die Unterschiede extrem. Diese Unterschiede scheinen unwichtig, solange es auch armen Menschen, wie z.B. in Deutschland, viel besser geht, als vor einigen Jahrzehnten, solange der Unterschied nur relativ bleibt und scheinbar keine realen Verschlechterungen bewirkt.

³⁴ Amartya Sen "poverty and famines , An essay on entitlement and deprivation" , NY 1981.

Der Schein trügt: Dem Vermögensgefälle entspricht bereits real ein Bildungsgefälle und ein Gefälle beim Zugriff auf Hightech. Beides wird für die Erwerbsarbeit immer wichtiger. Steigen aufgrund von Verknappung die Preise, wie z.B. im Spätsommer 2022, werden Viele Vieles nicht mehr kaufen können. Folgende Graphik zeigt das sehr schön:

Vermögensverteilung

Erwachsene Bevölkerung nach Zehnteln, Anteile am Gesamtvermögen in Prozent, 2002 und 2007 *



Zur Anhäufung von Kapital in den Händen Weniger, hat der französische Ökonom Thomas Piketty mit Hilfe anderer Ökonomen in seiner Schrift "Das Kapital im 21. Jahrhundert" eine umfassende Analyse präsentiert. Er untersuchte Vermögens-Verteilungsdaten "basierend auf historischen und komparativen Daten, die umfangreicher sind, als die in allen früheren Arbeiten verwendeten; sie beziehen sich auf drei Jahrhunderte und mehr als 20 Länder und sind einem neuen theoretischen Rahmen eingebettet, der entscheidende Tendenzen und Mechanismen verständlicher macht",³⁵ ausgehend vom 18. Jh. in die Gegenwart, d.h. 2010.

³⁵ Thomas Piketty "Das Kapital im 21. Jahrhundert". München 2024, S. 13.

Fazit der Analysen für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg: in allen Ländern nimmt die Vermögensungleichheit besonders ab den 1970er Jahren kontinuierlich zu und erreicht 2010 nahezu wieder den Stand vom Beginn des 20. Jh's, mit dem Charakteristikum, dass die Renditen r höher sind als die Produktivitätssteigerung p , d.h. $r > p$.

Einzig die Zerstörungen beider Weltkriege in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts bewirkten einen Ausgleich. Leider "brauchte" es auch diese beiden Kriege zu gesellschaftlichen Neustrukturierung: Abschaffung der Monarchie in Deutschland und Österreich zugunsten von Demokratie + Frauenwahlrecht. Nach dem 2. Weltkrieg ebenfalls in Deutschland, Österreich und Japan: Gründung eines modernen Rechtsstaates mit umfangreichen Grundrechten und vorbildlicher Gewaltenteilung + Einführung der Sozialen Marktwirtschaft. Einen Dritten Weltkrieg können und wollen wir uns aber nicht leisten.

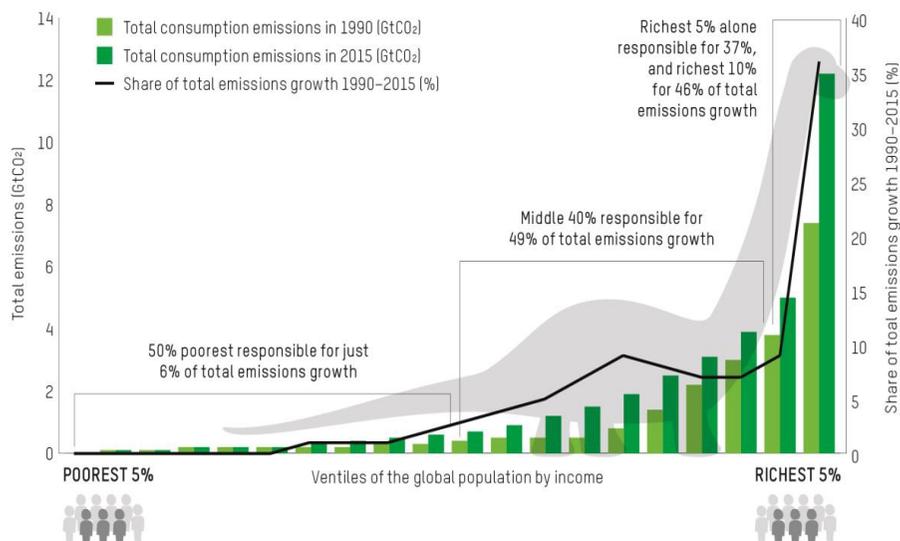
In der Erklärung des UNEP von 1999/2000 heißt es:

„Die beiden Hauptursachen für die Zerstörung der Umwelt sind die anhaltende Armut beim größten Teil der Erdbevölkerung und der exzessive Konsum einer Minderheit. So weitermachen wie bisher ist nicht tragbar, und wir können auch nicht mehr länger warten, bevor wir etwas unternehmen.“³⁶

Ein Obdachloser fährt nicht Jetski auf dem Rhein, fliegt nicht zum Shoppen nach NY oder macht dreimal im Jahr Urlaub. Kinder, überhaupt Menschen mit geringem Einkommen haben national wie international eine gute Ökobilanz. Erwartbarer Weise entspricht der zunehmenden ungleichen Verteilung der Vermögen eine entsprechende ungleiche

³⁶ UNEP, Global Environment Outlook 2000 (London:Earthscan 1999) zitiert aus: "Die Grenzen des Wachstums, Das 30-Jahre Update" 6. Aufl., Stuttgart 2020.

Verursachung der Umweltzerstörung, wie Oxfam kürzlich hinsichtlich der CO₂ - Fussabdruckes feststellte.³⁷



Folgerung

Mit der Einführung eines persönlichen Umweltkontos würde sich das ändern, indem es die Ökoschieflage und die Vermögensschieflage gegeneinander ausgleicht. **Es wäre das erste Konzept nachhaltig sozialen Ausgleichs, das auf Recht basiert und nicht auf Almosen, ein Grundbaustein einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft.**

Der Nobelpreisträger für Wirtschaft, Joseph Stiglitz, hält in seinem 2019 veröffentlichten Buch "Der Preis des Profits" als Grundeinsichten aus dem neoliberalen Wirtschaften seit den 1970er Jahren fest:

"Je geringer die soziale Spaltung und Ungleichheit in einer Gesellschaft sind, umso größer ist ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit." Des-

³⁷ <https://www.oxfam.de/system/files/documents/20200921-confronting-carbon-inequality.pdf>
s.a. <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Das-Klima-und-die-Reichen-Begrenztes-CO2-Budget-fuer-jeden,klimareiche12.html>

weiteren "müssen sich staatliche Programme, die Wohlstand für alle erreichen wollen, sowohl der Verteilung von Markteinkommen [...] als auch auf Umverteilung konzentrieren."³⁸

Die Motivationsschieflage

Der große Unterschied in der Vermögensverteilung bedeutet, wie gesagt, dass Menschen mit viel Geld entsprechend frei auf Ressourcen der Gesellschaft zurückgreifen können. Eine ökologisch bedingte Preiserhöhung würde diese nicht berühren, obwohl sie pro Kopf am meisten Ressourcen verbrauchen und Emissionen ausstoßen und zugleich durch ihre Investitionen das Emissionsgeschehen und den Ressourcenverbrauch entscheidend bestimmen.

Umgekehrt leisten sehr viele Menschen durch Verzicht viel zum Erhalt unserer Umwelt, ohne dass sie dafür einen Ausgleich erhalten, während wenige Reiche zugleich auch deren Lebenswelt zerstören.

Wir Menschen sind Gewohnheitstiere. Unsere Gewohnheiten, viele Denk- und Entscheidungsmuster haben wir über Jahrhunderttausende erlernt und kultiviert. Sie haben sich in unser Gehirn „eingebrennt“. Die durch die Evolution entwickelten neuronalen Strukturen unseres Verhaltens machen Veränderungen sehr schwer.³⁹

Daher erreicht man mit guten Gründen und Aufbruchstimmung vielleicht 10% der Menschen. Die hier thematisierten Probleme sind z.B. alle seit den 1970er Jahren bekannt und angemahnt worden. Dass zu wenig sich ändert, liegt nicht an Informationsmangel oder fehlender Erkenntnis.

Das zusätzliche Problem: Freiwilliges Engagement wird durch das weiterhin ignorante Verhalten anderer zunichte gemacht. Freiwillige

³⁸ Stiglitz, Joseph "Der Preis des Profits, Wir müssen den Kapitalismus vor sich selbst retten", München 2019, S. 25.

³⁹ Dies hat bereits A.Schopenhauer immer wieder betont und findet nicht nur bei I. Eibel-Ebesfeld, „Die Falle des Kurzzeitdenkens“ und bei G. Roth, „Über den Menschen“, 2021, „Denken,Fühlen Handel“ , 2001, beispielsweise seine wissenschaftliche Darlegung.

Verpflichtungserklärungen seitens der Industrie oder von Personengruppen bringen erfahrungsgemäß nahezu nichts. Das hat man beim FCKW-Problem gesehen. Erst als man sich international auf ein Verbot geeinigt hatte, änderte sich merklich etwas.

Hinzu kommt der Gerechtigkeitsfaktor: Warum auch sollte irgendjemand z.B. beim Heizen der Wohnung sparen, während Milliardäre sich beispielsweise rudelweise in den Orbit schießen lassen?⁴⁰

Die Folgen zivilisatorischer Tätigkeit treten zudem mit Verzögerung auf, wie es Bernhard Verbeek bereits 1990 formulierte:

„Deren **Zeitspannen sind:**

zu lang, um das bewährte behavioristische Lernprogramm erfolgreich anwenden zu können. (Der innere Schulmeister schweigt, wenn das Klima erst Jahrzehnte nach der Schadstoffemission verrückt spielt)

zu kurz, als daß phylogenetische Anpassungen bei einem so langlebigen Lebewesen wie dem Menschen möglich wären.

Viele **Folgen der Zivilisation** sind schließlich

irreversibel, so daß nicht einmal die bewährte Plastizität kulturbedingter Werterhaltungen dann noch weiterhelfen könnte.“⁴¹

Daher fordert er folgerichtig als „Ausstieg aus der Sucht“:

„Wenn [...] die sozialen Systeme weiter bestehen sollen, muß eine stabilisierende Rückkopplung zum Erhalt der ökologischen Basis eingebaut werden, und zwar über das Recht. Die Folgen – auch und gerade die unangenehmen – müssen möglichst sofort auf den Verursacher zurückwirken. Ressourcen schonend, Eingriffe minimierend.“⁴²

⁴⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/Weltraumtourismus>

⁴¹ Bernhard Verbeek, ehemals Professor für Zoologie und Didaktik der Biologie an der Universität Dortmund verfasste 1990 „Die Anthropologie der Umweltzerstörung“, Darmstadt 1990, 2. Aufl. 1994, S. 220.

⁴² ebenda, S. 260.

Die Idee:

Jede im Geltungsbereich von PUK gemeldete Person erhält mit Einführung (bzw. von Geburt an) ein **Persönliches Umwelt-Konto (PUK)**, versehen mit einer Identifikationsnummer.

Gemessen am jährlichen Durchschnittsverbrauch (aller Teilnehmer von PUK, später aller Menschen weltweit) der zu schützenden Ressourcen/vermeidenden Emissionen wird die Ausschüttung einer Punkte-menge bestimmt.

Denn jedes Konto wird jedes Jahr, gemessen nach dem Durchschnittsverbrauch aller im Vorjahr (oder einem anderen sinnvollen Zeitraum), mit Punkten gefüllt. **Das Konto ist somit von Beginn an gefüllt und wird periodisch für alle gleich neu aufgefüllt.**

Mit den Punkten hat jeder Bewohner des PUK-Bereiches Zugangsrechte zu schützenswerten Ressourcen bzw. Emissionsrechte (z.B. CO₂). **Damit wird grundsätzlich dem Zugriffsrecht durch Geld eine soziale Ausgleichswährung beigestellt.** Beim Kauf punktepflichtiger Gegenständen, Ressourcen oder Dienstleistungen, werden via ID-Nummer vom Umweltkonto Punkte abgezogen.

Zum Beispiel:

Ich gehe im Supermarkt einkaufen, 20 Artikel, davon 12 punkte-pflichtig (wer das bestimmt wird noch geklärt). An der Kasse zahle ich, wie jetzt, die normalen Preise. Auf dem Kassenschein stehen neben den Artikeln bei den 12 Artikeln die Umweltpunkte (UP), die am Ende ebenfalls als Summe aufgeführt werden. Nach Angabe der PUK-Identitätsnummer, werden diese von meinem PUK abgebucht, - nur die Summe. Zahle ich

bar, muss der Vorgang mit Id-Karte erfolgen. Zahle ich über Karte oder digital können diese Zahlungsprozesse parallel ablaufen.

Beispiel Kassenzettel			
	1 Punkt = 1 €		
1 kg Bananen	4,50 €	3 P	7,50 €
1 l Bio -Milch	1,30 €	0 P	1,30 €
1 l Billig-Milch	1,10 €	4 P	4,10 €
500g Fleisch	6,40 €	7 P	13,40 €
500g Bio-Fleisch	9,60 €	2 P	11,60 €
500g Kaffee	6,99 €	5 P	11,99 €
500g Fairtrade Kaffee	9,60 €	1 P	10,60 €
1 kg Bio-Spitzkohl	5,50 €	0 P	5,50 €
Summe	44,99 €	22 P	66,99 €

Wird an der Kasse gezahlt: Euros wie üblich, UP via ID-Kontonummer.

Summe inkl. UP-Preis
 (hier nur beispielhaft unter der Annahme von 1 UP = 1 € aufgeführt. **Der UP-Preis ist jedoch nicht fix, sondern verändert sich permanent.** Dem Konzept nach wird er i.d.R. steigen.)

Das Beispiel geht davon aus, dass bereits ein detailliertes System besteht, das auch seltene Ressourcen in Alltagsprodukten erfasst. Zur Einführung des PUK wäre es aber sinnvoll, erst mit Ressourcen und Emissionen zu beginnen, die lokal gebunden und gut nachzuhalten sind, wie z.B. Trinkwasser, Gas, Heizöl, Strom, Wohnraum. Weiteres im Abschnitt Umsetzungs-Vorschläge und unter Kritikpunkt 9.

Was mache ich, wenn keine Punkte mehr auf dem Konto sind?

Sind die Punkte des Kontos verbraucht, dürfen unbeschränkt von anderen Kontoinhabern Punkte dazu gekauft werden. Das PUK darf auch im Laufe des Jahres bis zur Ausgabemenge überzogen werden. Für den Überzug werden Gebühren an ein staatliches regierungs-unabhängiges Verwaltungsinstitut fällig, das diese nach Abzug ihrer Kosten z.B. an die Kommunen, der jeweiligen Kontoinhaber (d. Verkäufer) weiterleitet.

Sollte man nicht den Zukauf deckeln?

Das ist zunächst nicht nötig, weil dieser durch die Ausgabemenge nach dem Durchschnittsverbrauch aller bereits beschränkt ist. Der Zukauf beschleunigt den Vermögensausgleich.

Ist kein Zukauf mehr möglich und das Dispolimit erreicht, steigen die Kosten weiterer Überziehung stufenweise stark an (d.h. es gibt einen Grenzwert!). Der Preis für Dispopunkte sowie darüber liegender Überziehung dient als Preisgrundlage für den Punkteverkauf.

Was geschieht, wenn ich nicht alle Punkte verbräuche?

Nicht verbrauchte Punkte können gespart werden oder eben verkauft.

Gesparte werden nicht, verkaufte Punkte werden reduziert in die nächste allgemeine Ausschüttung der Punkte eingerechnet. Die gesparten Punkte und die nichteingerechneten gehandelten Punkte senken somit den Durchschnittsverbrauch und damit die Punkteanzahl der folgenden Ausschüttung.

Durch den Verkauf von Punkten können sich Bürger*innen Geld (Zugangsrechte zu anderen Produkten bzw. Leistungen) erwerben . Der Verkauf sollte zum ökonomischen Schutz der Kontoinhaber begrenzt werden. So sollte ein festzulegender geringer Anteil für die persönliche Verwendung im direkten Lebensumfeld verbleiben.

Wer bestimmt die Punktemenge und die punktepflichtigen Produkte und regelt deren Handel?

Ein regierungsunabhängiges Institut (ähnlich wie die EZB oder der Rundfunkrat) könnte zu all dem detaillierte Regeln aufstellen.

Welche Aufgaben hätte ein solches unabhängiges Institut?

- Die Ressourcen bzw. Schadstoffe benennen, die mit Punkten zu belegen sind.
- Die Punktemenge bestimmen, die für Ressource oder Schadstoff angesetzt werden.
- Die Punktemenge ermitteln, die jedes Jahr den Bürgern zu Verfügung steht, und zwar nach dem Durchschnittsverbrauch der Ressourcen und Schadstoffe der Bürger/innen im Vorjahr.
- Es verwaltet die PUKs.
- Stellt Regel für den Handel mit Umweltpunkten (UP) auf und überwacht den Handel.

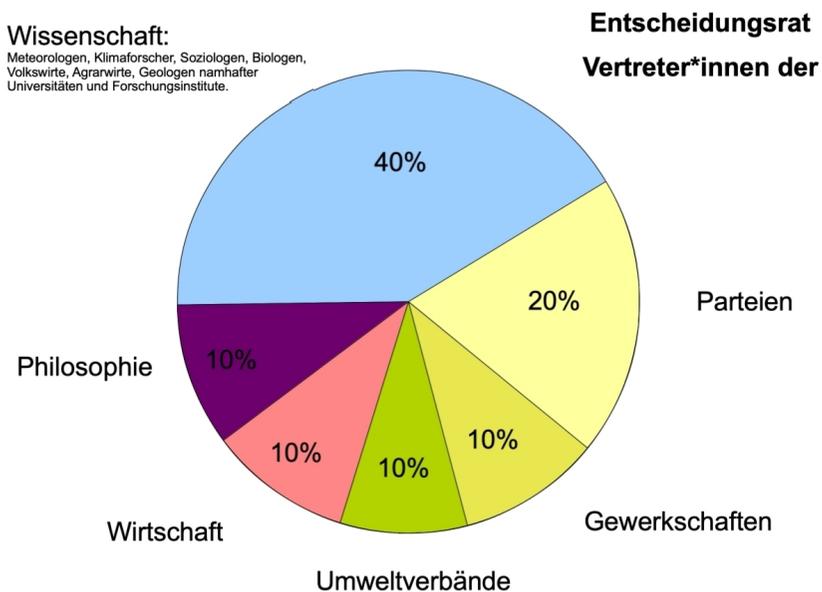
Hier einige Vorschläge zu mir nötig scheinenden Regeln:

- **zur Mengenermittlung:** Überzugspunkte werden nicht und zugekaufte nur eingeschränkt in den durchschnittlichen Punkteverbrauch für die Ausschüttung im folgenden Jahr eingerechnet. Damit vermindert sich die Durchschnittsmenge kontinuierlich. Gesparte und später für persönliche Zwecke verausgabte Punkte sollten hinzugerechnet werden.
- **zum Handel:** Spekulativer Handel mit Punkten sollte nicht erlaubt sein und bei Zuwiderhandeln schwer bestraft werden. Das bedeutet: Jeder kann nur für seinen *direkten* Bedarf Punkte hinzukaufen. Das Aufkaufen zwecks Rücklage ist unzulässig. Das Zukaufen bei nicht ausreichender Menge hingegen erlaubt. Weil bekannt ist, dass in Zukunft die Punktemenge sinkt und

damit der Verkaufspreis steigt, muss dem spekulativen Zukauf unbedingt ein Riegel vorgeschoben werden.

Welche Personen sollten in einem solchen Institut vertreten sein?

Ich denke es sollte zum großen Teil aus Wissenschaftlern relevanter Disziplinen bestehen. Hier mein Vorschlag:



Welche Wirkung hätte das PUK auf die Gesellschaft?

A) Seite der Besitzenden (bzw. Geldreichen)

- Beruhigung, Privatbesitz bleibt unangetastet,

- wird aber vergesellschaftet. Der ungleich verteilte Besitz, muss auf neuer Ebene geteilt werden.⁴³
- Die Macht des Geldes wird durch gleichwertige Zugriffsrechte in einigen Bereichen eingeschränkt,.

B) Seite der Besitzlosen/ Einkommensschwachen, sie erhalten

- gleiche Zugriffsrechte und damit die Möglichkeit einer aktiven Teilhabe an der Gesellschaft.
- eine Quelle zum Gelderwerb durch Verkauf von UPs.
- Ihr Selbstwertgefühl, gemäß GG, Art. 1, Abs. 1, zurück, weil allein ihr Dasein ihnen Zugriffsrechte verbürgt.

Welchen gesellschaftlich-politischen Vorteil hat dieses Öko-Umverteilungskonzept gegenüber einer Regelung durch Besteuerungen, Anordnungen oder sozialgesetzlichen Umverteilungsmaßnahmen?

- Es kommt ohne direkte Eingriffe aus, sondern gibt ein faires Regelwerk für langfristiges kreativ-ökologisches Verhalten in marktwirtschaftlicher Eigenverantwortung.
- Die Umverteilung findet **positiv** durch gleiche Verteilung von UP's statt.
- Die Effekte sind unmittelbar.
- Es ist marktwirtschaftlich-liberal, umwelt- und familienfreundlich.
- Es ist regierungsunabhängig,

⁴³ Gemäß GG, Art. 14, Abs. 2: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Zum Betrieb vieler Eigentumswohnung muss nun ein Besitzer Mitbürger finden, die diese bewohnen bzw. zum Teil bewohnen, weil sein privates Ressourcen-Konto nicht genügend Ressourcenrechte hergibt, die es zum Betreiben mehrerer Immobilien braucht.

- schneller,
- dynamischer,
- situativer,
- gerechter ,
- preisneutral, [während Steuern den Preis erhöhen und Schwarzhandel antreibt]
- Es ist kompatibel mit anderen Strukturmaßnahmen (Bedingungsloses Grundeinkommen, Reichen- bzw. Ökosteuer).

Was heißt hier "schneller", "dynamischer", "situativer"?

Verordnungen, noch mehr Gesetze bedürfen eines längeren Weges durch die Instanzen. Sie müssen in Deutschland immer zugleich mit EU-Recht übereinstimmen. Eine sich zuspitzende Verknappung einer Ressource könnte von dem entsprechenden PUK-Verwaltungsinstitut schneller festgestellt und direkt mit Erhöhung der Punktekosten angegangen werden.

Sollte bei einer Wasserkrise (wie z.B. von Kapstadt 2015 - 2018) Trinkwasser knapp werden, und dieses noch nicht punktepflichtig sein, kann PUK-Verwaltungsinstitut eine solche Punktepflicht beschließen. Sollte diese Lage sich dynamisch zuspitzen, kann ebenso dynamisch geantwortet werden. Sollten sich lokale Spitzen entwickeln (z.B. unerwartete Trockenheit in einer Region) kann ebenso situativ reagiert werden (indem man z.B. Wasser lokal punktepflichtig macht oder, falls dies bereits der Fall ist, den "Punktepreis" in der betroffenen Region für eine bestimmte Dauer deutlich erhöht). Derzeit wird einfach an die Vernunft der Bürger appelliert, eventuell ein Verordnung ausgesprochen, die faktisch aber nicht kontrolliert werden kann. Kurz: Es passiert nichts.

Pendler / Gäste / Bürger*innen im Ausland

Jede im Geltungsbereich amtlich gemeldete Person erhält ein PUK + Identifikationsnummer, Staatsbürger, Menschen mit Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung. Obdachlose, die meist nicht gemeldet sind bzw. keine Wohnadresse haben, könnten beim örtlichen Bürgeramt gemeldet sein.

Es bleibt die Schwierigkeit, wie man mit Personen und deren Punktezugriff umgeht, die häufig oder immer wieder den Geltungsbereich von PUK verlassen, d.h. Ressourcen außerhalb nutzen.

Jemand könnte im Bereich von PUK amtlich gemeldet sein und sich für längere Zeit außerhalb der PUK-Bereiche aufhalten.

Jemand fliegt z.B. zum Badeurlaub in die Südsee. Verursacht durch den Flug einen großen Ausstoß an CO₂ und Verbrauch an Kerosin, nutzt in der Zeit die Ressourcen des Aufenthaltsortes und verursacht dort Müll. Zuhause steht er als Sparer da! Denn dort würde er folglich deutlich weniger Ressourcen in Anspruch genommen und weniger emittiert haben, als alle diejenigen, die Zuhause geblieben sind. Bei einer Jahresbudgetierung von Zugriffspunkten könnten er so sogar Punkte übrig haben und diese Gewinn bringend verkaufen.

Inwiefern ist das überhaupt ein Problem?

Hier dürfen wir nicht in die moralische Falle tappen! PUK ist ein Konzept zur gerechteren Verteilung **innerhalb** seines Geltungsbereiches, und zwar allein nach realen Verhaltensweisen der Personen **innerhalb** dieses Bereiches. Und nur dies ist von Interesse, nicht, was die Leute denken oder was sie außerhalb dieses Bereiches tun. **Es bewertet eben nicht die moralische Haltung einer Person.** Wie sollte das auch geschehen?

Ressourcen, Emissionen und Müll außerhalb des Geltungsbereiches von PUK, sind Herausforderungen des Außenbereiches und deren Bewohner. Freilich würden wir uns wünschen, dass jeder, der den Geltungsbereich von PUK verlässt, auch außerhalb sich anständig und umweltfreundlich benimmt.

Aber, wieviele Personen, die im PUK-Bereich mit dem Hauptwohnsitz gemeldet sind, wird es geben, die nur um UPs zu sparen dafür extra lang oder häufig in den Außenbereich wechseln? Oder genauer gefragt, wird diese Zahl an Personen nach Einführung deutlich zunehmen? Wird es PUK unterlaufen? - Nein, wird es nicht!

Welche Effekte sind zu erwarten?

Die PUK Punkte werden ausgeschüttet gemäß des Durchschnittsverbrauches, was heißt, dass bei ungleichem Verbrauch, weniger als 50% aller Beteiligten diesen Durchschnittsverbrauch erreichen.⁴⁴ Wir wissen aus verschiedenen Untersuchungen, dass ein geringer Anteil der Bewohner, nämlich die überdurchschnittlich finanziell Bessergestellten, den weit überwiegenden Teil der Ressourcen verbraucht und der Emissionen erzeugt. Das heißt, dass nur wenige in der Lage sein werden, monatelang und/oder immer wieder im Außenbereich von PUK zu verweilen, nur um dort Punkte zu sparen. Da gesparte Punkt für die kommende Ausschüttung nicht und verkaufte Punkt nur zur Hälfte zählen, drücken sie faktisch die Ausschüttungsmenge, heben damit den Wert der verbleibenden Punkte und stärken den Willen aller möglichst wenig Punkte zu verbrauchen.

⁴⁴ Weswegen der Anteil der "Gewinner" durch Einführung von PUK auf jeden Fall über 50% der Personen liegen wird.

Läge der Prozentsatz bei der Hälfte der Einwohner genau bei 50% würden 100% aller Einwohner genau das verbrauchen, was sie brauchen, nicht mehr und nicht weniger.

Bleibe es bei einem Pendel-Verhalten, wie es derzeit ist, bräuchte es keine besonderen Maßnahmen, da dieses Verhalten und dessen Verbrauchswirkung in der Ermittlung des Durchschnittsverbrauchs bereits eingefangen und nivelliert ist. Wer in Zukunft, dann sein Pendelverhalten einstellt und im PUK-Bereich bleibt, wird es schwierig haben mit der Durchschnittsmenge auszukommen, weil er eben sein Verhalten dem Außenbereich angepasst hat und durch seine willentliche oder unfreiwillige Umgehung das Niveau mitbestimmt hat. Wieder eintauchend in den PUK-Bereich als ständiger Bewohner wird eine solche Person erwartbar sein PUK erst einmal überziehen oder durch Zukauf von Punkten erneut einen Impuls zu mehr Umweltfreundlichkeit setzen, d.h. die Punktepreise nach oben treiben.

Es könnte Außer-PUK-Cleversmarts geben, die sich als Obdachlose im PUK-Bereich melden, dort aber nie gewohnt haben und dies auch nicht vorhaben. Dies wäre eine schlichte Betrugssache und strafrechtlich zu verfolgen. Man könnte solchen Personen bei Entlarfung den Zugang zum PUK- Bereich komplett versagen, bis sie alle Geldvorteile aus dem Betrug ausgeglichen hätten + Strafe.

Ein gefülltes PUK-Konto bekommen nur gemeldete Bewohner des PUK-Bereiches.

Touristen, könnten ein leeres PUK-Konto erhalten, auf dem sie, auf die Tage ihres Aufenthaltes runter gebrochen, Durchschnitts-Punkte überziehen können. Z.B. : 14 Tage Aufenthalt = $14/365$ der jährlichen Ausschüttung. Die tatsächlich von ihnen genutzt Punktemenge wird am Ende des Jahres abgerechnet, ähnlich wie bei einer Kurtaxen- oder Stromrechnungen von Ferienhäuser im Ausland. Überziehen sie mehr als durchschnittlich zugebilligt, wird es wie sonst überdurchschnittlich anwachsend teuer.

So hat jeder, der den PUK-Bereich einmal betritt, ein PUK, aber nur diejenigen, die ihren ständigen Aufenthalt dort gemeldet haben, bekommen ab Einführung, Zuzug oder Geburt ein periodisch gefülltes PUK. Ausschlag gebend ist dann der Kalendertag. 31. Januar (Zuzug o. Geburt) = $334/365$ der Ausschüttung für diese Jahr. Für Menschen, die ihren ersten Wohnsitz im PUK-Bereich haben aber ständig oder überwiegend außerhalb des PUK-Bereichs leben, muss eine besondere Regelung gefunden werden. Menschen, die ihren Zweitwohnsitz im PUK-Bereich gemeldet haben bekommen ein "Touristenkonto".

Territorialen Grenzen des PUK

PUK kann eingeführt werden: kommunal, regional, landesweit, bundesweit, international, global. Globalität ist nicht erforderlich. Die politisch-rechtlichen Kompetenzen des jeweiligen Geltungsbereichs beschränken entsprechend die Möglichkeiten bestimmte Ressourcen/Emissionen mit Umweltpunkten zu belegt. Eventuell müssten auch neue Rechtsgrundlagen geschaffen werden. Eine Stadt wie Köln könnte z.B. Wohnraum als Ressource bepunkten, Trinkwasser und Strom.

PUK-Grenze überschreitender Warenverkehr

Es könnten verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, die ein Umgehen der Zugriffsrechte des PUK verhindern. Hier können freilich nur beispielhaft einige Aspekte Erwähnung finden. Denn genau diese Maßnahmen auszuarbeiten bzw. entsprechende Regelungen zu finden wäre Aufgabe des regierungsunabhängigen staatlichen Instituts, das die Umweltpunkte-Konten verwaltet.

Allgemein kann man zweierlei Ressourcen/Emissionsbereiche unterscheiden.

A) territorial gebundene Ressourcen/Emissionen: z.B. Wohnraum, Strom, Wasser, Müll.

B) territorial ungebundene: alle übrigen Waren, die von außerhalb des Geltungsbereichs des PUK in diesen eingeführt werden.

Daraus ergibt sich, dass man zur Einführung des PUK zunächst bei den territorial gebundenen Ressourcen/ Emissionen beginnen sollte.

Denkt man das Ganze aber umfassender, so kann man weiter zwischen Waren/Inanspruchnahmen, die frei d.h. von überall her lieferbar sind, unterscheiden und Waren/Inanspruchnahmen, die zum Teil regional gebunden bleiben, z.B. Güter, die zur Verwendung regional angemeldet werden müssen, wie PKWs. Kaufe ich mir einen PKW auf dessen Kauf Punkte berechnet werden außerhalb des Geltungsbereiches, so muss ich spätestens bei der Anmeldung die entsprechenden Punkte nachzahlen.

Kaufe ich punkte-pflichtigen Treibstoff außerhalb des Geltungsbereiches, liegt das selbe Problem vor, wie jetzt bei der Erhebung der CO₂-Steuer, die unter Umständen durch Tanken im Ausland umgangen werden kann.

Klar ist: Um so größer der Geltungsbereich des PUK wäre, desto stabiler wäre seine Struktur und desto umfassender könnte es angewendet werden. Ähnlich wie bei der Verrechnung von Einfuhr- versus Umsatzsteuer (UmSt-Id.-Nummer) könnte die Bundesrepublik Deutschland auch für alle Lieferungen von Waren eine Angabe der PUK-Identifikationsnummer zur Pflicht machen. Das kann eine Stadt nicht. Das Tanken im Ausland wäre somit immer noch punktefrei möglich. Diese grenznahen Vorteile sind aber auch jetzt schon da, wohl auch nicht zu beseitigen und haben ihre Grenzen, weil niemand von Bielefeld nach Venlo fahren wird, nur weil dort der Treibstoff um ein paar Cent günstiger ist.

Vorläufiges Fazit: Die Effektivität und Umfang des PUK hängt von der Größe des Geltungsbereiches ab. Um so kleiner der Geltungsbereich

ist, desto mehr muss sich die Punktepflicht auf territorial gebundene Ressourcen/Emissionen beschränken. Mit den gleichen Problemen hat aber auch eine Besteuerung zu tun.

Schlusswort:

Es heißt zu viel erwarten, wenn man hier alle gesellschaftlichen Aspekte auch nur grob berücksichtigt finden will. Das kann ein Einzelner nicht leisten. Dennoch schien es mir wichtig, manche Aspekte weiter auszumalen, damit die Möglichkeit einer Umsetzung und die Zielrichtung der Idee deutlicher werden. Zudem ist bekannt, dass es kein absolut gerechtes System der Verteilung gibt. Mit dem PUK würde aber Vieles gerechter werden.

Richtig bleibt:

„Wenn [...] die sozialen Systeme weiter bestehen sollen, muß eine stabilisierende Rückkopplung zum Erhalt der ökologischen Basis eingebaut werden, und zwar über das Recht. Die Folgen – auch und gerade die unangenehmen – müssen möglichst *sofort* auf den Verursacher zurückwirken. Ressourcen schonend, Eingriffe minimierend.“⁴⁵

⁴⁵ Bernhard Verbeek, ehemals Professor für Zoologie und Didaktik der Biologie an der Universität Dortmund verfasste 1990 die sehr lesenswerte Schrift „Die Anthropologie der Umweltzerstörung“, S. 260.

Kritikpunkte:

1. Ökodiktatur, Verlust individueller Freiheitsrechte
2. Das Konzept erinnert an den Handel mit CO₂-Zertifikaten, der bislang nicht richtig klappt.
3. Punkte-Verrechnung zu komplex, kompliziert.
4. Datenschutz. Das Kaufverhalten wird gläsern. Sozialkontrolle wie in China.
5. Das Konzept setzt beim Verbraucher an, statt bei den Produzenten.
6. Das Konzept ist effektiv widersprüchlich. Durch die Umverteilung würden neue Konsumprozesse hervorgebracht, die wieder mehr Ressourcen in Anspruch nehmen.
7. Warum kann man sich keine Punkte durch ökologisch sinnvolles Handeln dazuverdienen?
8. Ist das PUK nicht Kommunismus pur?
9. Das Konzept ist nicht umsetzbar.

Zu Kritikpunkt 1: Ökodiktatur, Verlust individueller Freiheitsrechte

Wir sagten beginnend mit den Grundlagen: Alle Ressourcen gehören allen Menschen gleich. **Ihre Vermarktungsrechte dagegen bleiben durch das PUK unangetastet.** Punktesystem und -verteilung werden von einem Gremium verwaltet, das nicht der Regierung unterstellt ist, sich nach demokratischen Regeln als gesellschaftliches Entscheidungsorgan konstituiert und allein nach Maßgabe ökologischer Notwendigkeit und sozialer Verträglichkeit seine Entscheidungen trifft. Klimawandel und Ressourcenknappheit machen eine deutliche Änderung unseres Konsumverhalten nötig. Anders als in einer Diktatur wird nicht willkürlich vorgeschrieben, sondern im Sinne des Gemeinwohls für alle verbindliche Rahmenbedingungen geschaffen.

Es gibt kein Recht auf Verschwendung. - Ein Recht, mehr von einer Ressource verbrauchen zu dürfen, als andere, bedarf einer Begründung aus besonderer Sachlage. Zudem werden keine konkrete Verbrauchsmengen vorgeschrieben, noch in die Preisgestaltung eingegriffen. Das PUK wird nach Punkten verrechnet. Diese regeln den Zugriff auf einen Ressourcen-Fond. D.h. jemand kann von einer Ressource erheblich mehr als der Durchschnitt verbrauchen, muss dann allerdings bei anderen Ressourcen sparen. Geschieht dies einseitig und von sehr vielen, wird nach der Regel der Verknappung der Punktwert der entsprechenden Ressource sich marktentsprechend erhöhen. Das PUK gewährt somit individuelle Freiheit in Form sozialer Gerechtigkeit.

Zu Kritikpunkt 2: Das Konzept erinnert an den Handel mit CO₂-Zertifikaten, der bislang nicht richtig klappt.

Die Kritik an den Handel mit CO₂-Zertifikaten ist zum 20jährigen Bestehen überholt, denn heute (2025) werden durchaus Erfolge gesehen.⁴⁶ So z.B. von Daniel Klinglefeld, Leiter der Abteilung für Emissionshandel im Bundesumweltamt. Im Jubiläums-Artikel gibt Hans Joachim Viehweger vom ARD-Hauptstadtstudio am 16.07.2025 auf "tagesschau.de" allerdings zu Bedenken:

"Beim Rückgang der CO₂-Emissionen in den vergangenen Jahren spielen allerdings auch Sondereffekte eine Rolle: So haben die hohen Energiepreise für Produktionsrückgänge in der Industrie gesorgt. Zugleich wird die Emissionsbilanz dadurch verbessert, dass Deutschland mehr Strom importiert als früher - denn der CO₂-Ausstoß der Kraftwerke wird nicht dort gewertet, wo der erzeugte Strom verbraucht wird, sondern wo er entsteht."

⁴⁶ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/umweltbundesamt-co2-100.html>

In der Tat erinnert PUK an den Handel mit CO₂-Zertifikaten, unterscheidet sich aber in zwei wesentlichen Punkten. Warum der CO₂-Handel zu Beginn nicht funktionierte, lag vor allem daran, dass zu viele Zertifikate ausgegeben wurden und diese zu günstig. Zu Beginn lagen sie bei 10 Euro und sind mittlerweile bei 70,- Euro. Beide Fehlerquellen hat das Umwelt-Konto nicht, weil sich das Niveau der Punkteverteilung aus dem Durchschnittsverbrauch ergibt und an diesen gebunden bleibt. Die Zukaufsmöglichkeit einer Person ist nicht begrenzt, kommt aber doch an Grenzen, und zwar so, dass gerade bei der Einführung ein starkes Signal zur Verminderung des Ressourcenverbrauchs bei geldreichen Personen zu erwarten ist. Zudem verbindet das PUK zwei sozial problematische Gesellschaftsbereiche, den Umweltschutz mit der Vermögensumverteilung, sodass jeder Zukauf aufgrund ungleicher Besitzverhältnisse automatisch das Vermögensgefälle reduziert.

Zu Kritikpunkt 3: Punkte-Verrechnung zu komplex, kompliziert

Es steht außer Frage, dass zur Einführung und Durchführung ein erheblicher Aufwand betrieben werden muss. Die entsprechende Behörde, der Entscheidungsrat sowie ein funktionstüchtiges Verrechnungssystem müssen gebildet werden. Doch trotz der Komplexität erscheint es mir machbar. Mit unserem Rentensystem, mit all seiner personenbezogenen Punkteermittlung oder mit der Einkommens - und Lohnsteuerbearbeitung betreiben wir längst eine viel komplexere Verrechnung, - von den sozialen Unterstützungsprogrammen mit ihren bis zur Unsinnigkeit betriebenen Kontrollmechanismen ganz zu schweigen. Außerdem könnte man sich bei PUK zunächst auf die wichtigsten Ressourcen /Emissionen beschränken und/oder regional beginnen. S.h. Umsetzung unter Punkt 9.

Zu Kritikpunkt 4: Datenschutz. Das Kaufverhalten wird gläsern. Sozialkontrolle wie in China.

Vorgeschlagen ist eine Verrechnung via Identifikationsnummer, dem ein entsprechendes Punktekonto zugeordnet ist. Auf diesem Konto muss, wie bei einem Bankkonto, ersichtlich sein, wann für was welche Punkte abgezogen wurden. Je nach Umfang der Punktebelegung könnte dadurch das gesamte Kaufverhalten gespiegelt sein. Das bleibt hinsichtlich des Datenschutzes problematisch, ist aber ein generelles Problem unserer digitalen Verwaltungs- und Zahlungsstruktur und damit zunächst nichts Neues. Diese Problematik haben wir bereits bei allen Payback-Karten und digitalen Geldgeschäften: Online-Banking, Bankkarten, Kreditkarten, Digitaler Gesundheitscheck der Krankenkassen etc. Die Punkte-Konten müssen daher dieselbe Sicherheitsstandards haben wie sie beim Online-Banking erforderlich sind. Wie oben im Beispiel mit dem Supermarkteinkauf gesagt, wird nur (wie beim Bankkonto) die Summe übermittelt. Deren Zustandekommen zeigt allein der Kassenbon.

Eine Sozialüberwachung wie z.Z. in China findet nicht statt, weil nicht belohnend u./o. bestrafend vorgegangen wird. Niemand muss sich Zugriffspunkte durch korrektes Verhalten verdienen, ebensowenig werden Sanktionen bezüglich anderer Sozialleistungen ausgesprochen. Hinsichtlich sozialer Kontrolle sind die derzeit angebotenen Gesundheits-Apps der Krankenkasse, sowie die Einträge und Datenanalysen durch Facebook, Twitter und Google erheblich problematischer. Grundsätzlich kann freilich jedes Datenerfassungssystem missbraucht werden. PUK würde aber gleichzeitig durch seine Umverteilung die personenbezogenen Datenerfassung der Sozialprogramme überflüssig machen, **d.h. Datenmengen deutlich reduzieren.**

Zu Kritikpunkt 5: Das Konzept setzt beim Verbraucher an, statt bei den Produzenten. Nach Konfuzius fängt alle wesentliche Veränderung bei der eigenen Haltung an. Es reicht aber nicht an diese zu appellieren! Wenn sich das Konsumverhalten der Menschen nicht ändert, wieso sollten dann die Produzenten ihre Produkte verändern? Regeln für den Konsum von Ressourcen sind zugleich Regel für die Produktion der Konsumgüter. Alle Macht geht vom Konsumverhalten der Menschen aus. Sie zahlen auch die Zeche.

Ein zentrale Schwäche von Vorgaben für die Produzenten ist, dass diese ihre Produktion in Regionen mit weniger Auflagen verlegen. Ein Ansatz beim Konsumenten würde hingegen auch importierte Produkte wieder einholen, weil man im Geltungsbereich von PUK diese Produkte mit entsprechenden Punkten belegen würde. So muss man den Produzenten nicht hinterher rennen und würde auch im Ausland Anreize setzen. Gerade angesichts zunehmend schwieriger werdender internationaler Vereinbarungen ist es wichtig nicht lokal/national zu stagnieren und so Impulse nach außen zu senden.

Das schließt aber nicht aus, dass man weiterhin zum Schutz der Umwelt auch den Produzenten Rahmenbedingungen vorgibt. Es wäre auch zu denken, dass die Produzenten sich von den Bürgern Punkte für den Verbrauch ihrer Produktionsressourcen kaufen müssten. Dann müsste aber die Ausgabemenge den gesamten Ressourcen-/Emissionsverbrauch berücksichtigen und via Punkte auf alle Bürger*innen verteilen. Siehe hierzu unten die Idee zum erweiterten PUK.

Zu Kritikpunkt 6: Rebound-Effekte: Das Konzept scheint effektiv widersprüchlich. Durch die Umverteilung würden neue Konsumprozesse generiert, die wieder mehr Ressourcen in Anspruch nehmen. Hier liegt nur scheinbar ein Widerspruch vor. Es ist

richtig und gewollt, dass der Gelderwerb durch Verkauf von UPs zu mehr Konsum bei den Besitzlosen führt und damit (grundsätzlich und allgemein verstanden) zu Konsum von Produkten, deren Herstellung Ressourcen verbrauchen. Aber nicht alle Produkte sind umweltschädlich und nicht alle Ressourcen sind nicht regenerierbar. Es macht einen Unterschied, ob sich jemand mit dem Geld ein Flugticket kauft oder Kleider bzw. ein Brot. Im ersten Fall bräuchte es dazu wieder Ressourcenpunkte im letzten nicht oder gegebenenfalls deutlich weniger. Der Einwand gilt nur dann, wenn alle Ressourceneinsparung auf der einen Seite zur selben Ressourcenausgabe auf der anderen Seite führt. Dann wäre nur etwas zur Umverteilung geleistet, aber nichts für die Umwelt. Zumindest wäre die Verteilung gerechter.

Würde jemand die Hälfte seiner Ressourcenpunkte verkaufen, um die verbleibenden Ressourcenpunkte für umweltschädliche Konsumgüter zu verwenden, könnte er folglich dies nur in dem Maße tun, wie er durch den Verkauf Geld erworben hat. Damit ist seine Möglichkeit umweltignoranten Verhaltens auf max. 50% limitiert, bei Deckelung der Verkaufsmenge sogar darunter. Das Vorurteil, dass Menschen mit ihnen freigegebenen Zugriffsrechten, sei es Geld, wie beim bedingungslosen Grundeinkommen oder wie hier Ressourcenpunkt, nicht umzugehen wissen, ist ein hartnäckiges und widerlegtes Vorurteil⁴⁷ und zudem eine brisante These, - weil man dann auch allen Rentnern und Menschen soweit sie von Zinsen leben (Rendite) oder Geld geerbt haben, also dafür keine Arbeit leisten, ebenso diese Fähigkeit absprechen müsste. Umgekehrt gibt es zahlreiche Beispiele, die durch alle Gesellschaftsschichten hindurch zeigen, dass Menschen, die durch Lohnarbeit Geld verdienen, nicht mit diesem umgehen können. Den Umgang mit Zugriffsrechten kann man nur mit ihnen lernen, nie ohne sie. Zum Umgang mit Geld erhalten Kinder Geld, Taschengeld.

⁴⁷ Zuletzt hat der Historiker Rutger Bregman in seinem kürzlich auf Deutsch erschienen Buch "Utopien für Realisten" zahlreiche Untersuchungen und Beispiele dazu angeführt. Reinbek bei Hamburg 2017

Zu Kritikpunkt 7: Man kann sich keine Punkte durch ökologisch sinnvolles Handel dazuverdienen. Warum?

Zuverdienst scheint im Sinne eines Anreizes logisch, verändert aber entscheidend das Konzept. Zunächst würde dadurch die Gesamtpunktezah stark ansteigen und somit permanent mehr Punkte ins Spiel kommen, die dadurch wiederum erschwinglicher wären. Viel entscheidender ist zweitens, dass das Konzept seine moralische Neutralität verlieren würde und dann wirklich zum Social-Control-Instrument verkäme (Punkt 4), weil nun Handlungen bewertet würden, – wobei drittens es sehr problematisch bliebe, was jetzt genau wie bewertet werden und wer das dann im Einzelnen wie kontrollieren soll.

Das PUK zeichnet sich in der derzeitigen Fassung dadurch aus, dass es die Frage nach Verdienst nicht stellen muss, sondern die Punkte für bestimmte Ressourcen/Emissionen sich allein aus objektiven Maßstäben (Gründen) ergeben und niemandem ein bestimmtes Handeln vorgeschrieben wird. Die Anreize für ökologisches Verhalten ergeben sich allein durch die Grenzen des Punktebudgets.

Einzig bei der Rückgabe ressourcenhaltiger Produkte könnte ein Erwerb in Form einer Rückgabe von UPs hilfreich sein. Z.B. bei der Rückgabe eines alten Kühlschranks, eines Autos oder einer Waschmaschine - vergleichbar mit dem Flaschenpfand. So würde das Entsorgen von Kühlschränken in der Landschaft für die Täter ein teures Vergnügen für diejenigen, die den Kühlschrank zu Entsorgungsstation brächten eine Gewinn.

versammlung, andererseits durch die Natur der mit Punkten belegten Ressource/Emission eingeschränkt.

Bleiben wir Kommunal:

Eine Stadt wie Köln könnte über ihren Stadtrat im Rahmen des Klimanotstandes, Wohnraum, Trinkwasser, Öl und Gas zu schützenswerten Ressourcen erklären und bezogen auf diese für alle Bürger der Stadt Köln PUK einführen.

Soweit nicht bekannt, wäre die Gesamtwohnfläche sowie Gesamtzahl des Trinkwasser-, Öl- und Gasverbrauchs in Köln zu ermitteln. Aufgrund von Grundbucheintagungen, Teilungs- und Bauplänen könnte die Gesamtwohnfläche ermittelt bzw. kontrolliert werden. Die Summe des verbrauchten Trinkwassers sind den kommunalen Versorgern bekannt. Bei Gas ist es ebenso. Bei Heizöl könnten die Betroffenen Erklärungen abgeben, die stichprobenartig überprüft würden.

Bleiben wir zunächst bei der Ressource Wohnfläche.

Die Gesamtwohnfläche durch die Einwohnerzahl geteilt ergibt die Durchschnittswohnfläche. Dieser Durchschnittsfläche weist man eine Punktzahl zu, und zwar beliebig, jedoch für jede nachfolgende Ressource gleich. Warum? Weil man die jeweiligen Ressourcen und Emissionen nicht gegeneinander im Wert abschätzen kann. Kann man keine Kriterien ermitteln, sollte man auch keine Unterscheidung machen. Die Unterschiede ergeben sich systematisch durch das Marktgeschehen und dem Prozentsatz um den sich eine Ressource verringert bzw. eine Emission und deren Gefahrenpotenzial erhöht.

Wir bestimmen daher: Durchschnittsfläche = 1200 Punkte.

Diese Zahl beschreibt den Nullpunkt. D.h. bewohnt eine Einzelperson die Durchschnittsfläche und ändert sich nichts an ihrer Wohnsituation, dann zahlt sie 1200 Punkte am Ende des Jahres. Das Konto steht auf Null und kein Erwerb zusätzlicher Punkte ist erforderlich.

Ebenso könnte man es mit der Ressource Trinkwasser machen. Trinkwasser wird kommunal abgerechnet und nur von den dort Lebenden bezogen.

Durchschnittsverbrauch = 1200 Punkte.

Bei 130l Wasser pro Person am Tag wären das 47.450 l im Jahr gleich 1.200 Punkte, d.h. 0,02 Punkte pro Liter.

Bei 100l Wasser pro Person am Tag wären das 36.500 l im Jahr gleich 1.200 Punkte, d.h. 0,03 Punkte pro Liter.

Schon der Rückgang des Durchschnittsverbrauch bewirkt eine Zunahme des "Punktepreises". Dadurch aber, dass einige ihre Punkte nicht gänzlich brauchen, d.h. sparen oder verkaufen, stehen laut Idee des PUK im nächsten Jahr auch weniger Punkte zur Verfügung, was erneut den Anreiz zum sorgfältigen Umgang mit Trinkwasser erhöht.

Ebenso könnte man bei Strom verfahren, ohne dass diejenigen, die durch eigene Anlagen sogar Strom einspeisen, dafür Punkte erhalten. (s.h. Kritikpunkt 7: **Punkte werden nicht "verdient"**)

Nebenbei bemerkt wären bei Einführung des PUK für Trinkwasser einschränkende Verordnungen nicht mehr nötig, deren Kontrolle zudem nicht leicht ist. Bei PUK würde sich eine Verschwendung ohne Kontrollen selbst sanktionieren und zugleich sozialen Ausgleich schaffen. Denn eine Rentnerin, die mit 800 Euro im Monat auskommen muss, oder jemand, der Sozialhilfe bezieht, lässt kein Swimmingpool volllaufen.

Wie könnte die Abrechnung aussehen?

Jeder Bürger bekommt von Einführung bzw. dann von Geburt ein PUK verbunden mit einer Identifikationsnummer. Dies ist gefüllt mit der Durchschnittsmenge der im vorangehenden Jahr direkt verbrauchten Punkte minus der Hälfte der gehandelten Punkte. Wie gesagt, kann für die Ermittlung der Punkte-Ausschüttung auch ein anderer Zeitraum gewählt werden. Hier bleiben wir der Einfachheit halber dabei.

Wir nehmen die Ressourcen Strom, Wasser, Gas, Heizöl, Wohnfläche. Mit einer Ausgangspunktzahl von 1200 Punkten je Ressource. Macht für jeden Einwohner von Köln 6000 Punkte. Weil die ausgewählten Ressourcen alle lokal gebunden sind, können sie nach Bedarfsgemeinschaft abgerechnet werden. Diese erhielte dann ebenfalls eine Kennnummer unter der die Mitbewohner/Familienmitglieder mit ID-Nummer registriert wären.

Eine vierköpfige Familie hätte folglich zusammen 24 000 Punkte.

Die Familie A, bewohnt 90 qm und heizt mit Gas. Sie bewohnt daher eine unterdurchschnittliche Wohnfläche. Der Durchschnitt liegt in Deutschland bei 45 qm pro Person.

Die Verbräuche bei den jeweiligen Ressourcen seien folgende:

Heizöl	0	0
Strom	4800 + Mehrverb.	200 = 5.000
Gas	4800 + Mehrverb.	1.200 = 6.000
Wohnfläche	1600	1.600
Wasser	4800 + Mehrverb.	200 = 5.000

Summe 17 600 Punkte. 6.400 Punkte bleiben übrig.

Wenn 10% der Punkte (gemäß Vorgabe) nicht direkt veräußert werden dürften, können davon 5.760 Punkte verkauft werden.

Einwand: Die Familie verbraucht kein Öl, hat aber doch pro Person für die Ressource Öl Punkte erhalten. So könnte sie bei Gas jetzt das Doppelte ausgeben, als der Durchschnittsverbrauch ihnen an Punkte für Gas zugebilligt hat. Ebenso bei Personen, die kein Gas, aber Öl verbrauchen. Dies ist nur scheinbar ein Problem, denn wenn eine Person von einer Ressource keinen Gebrauch macht, mindert dies den Durchschnittsverbrauch pro Person, der deutlich niedriger ist, als der Durchschnittsverbrauch pro jeweiligen Gasbezieher. Dies entspricht auch dem Grundanliegen des PUK.

Familie B heizt mit Öl und zu ihr gehören nur 3 Personen. Sie besitzen einen Garten mit Swimmingpool und wohnen in einem Haus mit einer Wohnfläche von 300 qm und Solarzellen auf dem Dach.

Ihre zugewiesene Punktemenge wäre in Summe 18 000 Punkte.

Ihr Verbrauch sei folgender:

Heizöl	3600 + Mehrverb.	400	=	4.000
Strom	2000	-	=	2.000
Gas	0		=	0
Wohnfläche	3600 + Mehrverb.	7066	=	10.666
Wasser	3600		=	3.600
Summe				20.266

Die Familie müsste 2.266 Punkte dazukaufen oder ihr Konto überziehen. Da die Überzugzinsen immer höher als der Markthöchstpreis sind, lohnt es sich, die Punkte auf dem Markt zu besorgen.

Die Abrechnung geschieht nach Bedarfsgemeinschaft. Diese kann dann von allen Mitgliedern unter Angabe der ID-Nummern Punkte zur gemeinschaftlichen Abrechnung überwiesen bekommen. Bei einer Familie stehen die jeweiligen Familienmitglieder mit ID-Nummer aufgeführt.

Angebot und Verkauf der Umweltpunkte (UPs) könnten über eine Internetplattform bzw. App laufen.

Plädoyer für's Grundeinkommen

Überleitung zu 23+ Punkte

"Wohltätigkeit ist das Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade." Eine Einsicht des Schweizer Pädagogen Johan Heinrich Pestalozzi [1746 - 1827] geboren aus seinem Einsatz für Waisenkinder und bedarf nach Erläuterung liberaler Wohltätigkeitsgesten der letzten Jahrzehnte der Erinnerung. Gnade entschuldigt, d.h. erlässt Schuld, und ist somit eine Tugend humaner Souveränität. Bei Wohltätigkeit verkommt Gnade jedoch zum Mistloch, weil sie zur Dankbarkeit nötigt, ohne die Ungerechtigkeit der Situation ändern zu wollen. Würden Geldreiche allein ihren derzeitigen Steuerverpflichtungen nachkommen, wäre Wohltätigkeit nicht nötig.

Die Verträglichkeitsgrenze der Ungleichheit ist erreicht, wenn Geldreiche die Geldlosen nicht mehr im Schwerefeld ihres Konsums mit nach oben ziehen (Trickel-down-Effekt), - es reißt der Kontakt und alle versumpfen, weil die Aufstiegskraft der Geldreichen (ihr virtuelles Vermögen) in der Arbeitskraft der Geldarmen (reales Vermögen/Know how) beruht. Das ist auch dann gegeben, wenn schlicht der Konsum zusammenbricht.

Längst benannt, aber selten begriffen, ist, dass jede Einzelleistung immer eine gesellschaftliche ist. Niemand ist das, was er ist und was er kann, aus sich selbst heraus. Milliarden von Menschen haben über Jahrhunderttausende das Wissen gesammelt, dessen wir uns heute selbstverständlich bedienen. Fast alles, was wir heute Lebenden wissen, haben wir von anderen gelernt. Ohne Arbeitsteilung ist heute kein Produkt mehr zu denken. Daher hat jeder ein Recht auf Teilhabe an diesem Erbe.⁴⁸

⁴⁸ E.A. Rauter, "Vom Faustkeil zur Fabrik", Warum die Werkzeuge die Menschen und die Menschen die Werkzeuge verändern", München 1977.

In Anlehnung an einen Ausspruch Karl Valentins lässt sich sagen: Es ist für alle genug da, nur noch nicht für jeden. Dass jeder Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen hat, dazu will meine Argumentation zum bedingungslosen Grundeinkommen beitragen. Mein Anliegen ist nicht einen Überblick über verschiedene Ansätze zu geben, sondern in knapper Argumentation Bekanntes erneut vor Augen zu führen und nur eingeschränkt Ausführungen anderer dazu zu zitieren.

"Teamgeist" und "Familienzusammenhalt" sind oft beschworene Leitbilder der Leistungsmotivation in Unternehmen. Familienzugehörigkeit definiert sich aber nicht über das Leistungsprinzip. Zur Familie gehört man, - und zwar nicht nach Leistungskriterien. Auch aus einem "Team" wird niemand einfach entlassen. Ausschluss aus der Familie und einem Team kann nur mit einem schweren Vergehen der betroffenen Person gerechtfertigt werden, und zwar einem Vergehen, das den Zusammenhalt der Familie bzw. des Teams im Kern gefährdet.

Hingegen ist das **Teilhabesystem unserer Gesellschaft primär ausgrenzend**, sofern man nämlich sich Teilhabe verdienen muss: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. (Paulus, 2 Thess. 3,10).⁴⁹ Gern wird bei der Interpretation dieses Paulus-Satzes vergessen, dass unter den Nichtarbeitenden auch diejenigen sind, die dank guter Renditen übermäßig essen (konsumieren).

Ist Teilhabe an der Gesellschaft (ihren Absicherungen, Produkten und Errungenschaften) nur über Einkommen möglich, dieses an Arbeitslohn geknüpft, so wird das Schaffen bzw. Erhalten von Arbeitsplätzen leitendes und leidiges Bestreben, das sogar dazu verführt, ökologische Grundlagen zu gefährden, wenn Arbeitsplätze dadurch erhalten oder geschaffen werden können. Ohne Lohnarbeit oder Kapitaleinkommen ist eine Teilhabe an der Gesellschaft, d.h. Zugriff auf grundlegende

⁴⁹ Michael Sandal, "Tyranny of merit", NY 2021.

Versorgungsleistung nicht möglich. Alle diejenigen, die kein Einkommen haben sind somit zunächst ausgegrenzt und müssen durch oft teure und aufwendige Integrationsmaßnahmen aufgefangen werden. An die Einkommen sind dummerweise Weise, wie gesagt, alle unsere sozialen Absicherungen geknüpft.

Inanspruchnahmen dieser Absicherungen belasten meist die Kommunen, da sie bei Arbeitsplatzmangel weniger Einnahmen durch Steuern bei gleichzeitig höheren Ausgaben in der Sozialhilfe zu verbuchen haben. Zudem bestimmt immer seltener die Geschicklichkeit der jeweils lokalen Politik die wirtschaftliche Entwicklung. Man denke an die Schließungen des Nokia Werkes (2008)⁵⁰ und der Opel-Werke in Bochum (2014)⁵¹.

Als ein Plädoyer für den Beginn einer anhaltenden politische Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen werden hier vor allem die vielfältigen zu erwartenden positiven Effekte desselben herausgestellt. Dann wird vielleicht verständlich inwieweit ich es für politische Fahrlässigkeit halte, die Möglichkeiten zur Einführung desselben nicht intensiv durchzugehen und zu besprechen, - womit deutlich würde, dass viele vermeintlich offene Fragen längst geklärt sind.⁵²

Ein zwanghaft wiederholter Einwand gegen das bedingungslose Grundeinkommen ist das Vorurteil, die Menschen (und gemeint sind immer "die Anderen") würden nichts mehr tun und der Faulheit (lat. *faulus*: schlecht, übel) verfallen, wenn ein solches ausbezahlt würde. Dabei ist spätestens seit Seneca klar: "Die Menschenseele ist von Natur aus rührig und zur Tätigkeit geneigt; willkommen ist ihr jede Anregung und jeder Anlass, aus sich selbst herauszugehen; noch willkommener ist

⁵⁰<https://taz.de/Nokia-schliesst-in-Bochum!/5188318/>

⁵¹<https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/opel-und-das-ruhrgebiet-bye-bye-bochum/11035036.html>

⁵² s.h. Rutger Bregman "Utopien für Realisten" (2014) Hamburg 2017. Götz W. Werner "Einkommen für alle", Kiepenheuer & Witsch, Annie Lowrey "Give people money", 2018.

dies gerade den minderwertigen Naturen, die sich gerne in Vielgeschäftigkeit aufreiben."⁵³

Diese Eigentümlichkeit wird zur Haltung des modernen homo faber, zu dessen Lauf im Hamsterrad Nietzsche in "Menschlich Allzumenschliches" schreibt: "Es ist das Unglück der Tätigen, daß ihre Tätigkeit fast immer ein wenig unvernünftig ist. Man darf zum Beispiel bei dem goldsammelnden Bankier⁵⁴ nach dem Zweck seiner rastlosen Tätigkeit nicht fragen: sie ist unvernünftig. Die Tätigen rollen, wie der Stein rollt, gemäß der Dummheit der Mechanik. - [...] wer von seinem Tage nicht zwei Drittel für sich hat, ist ein Sklave, er sei übrigens wer er wolle: Staatsmann, Kaufmann, Beamter, Gelehrter."⁵⁵

Unter der Überschrift "Die moderne Unruhe" fährt er fort: "Aus Mangel an Ruhe läuft unsere Zivilisation in eine neue Barbarei aus. Zu keiner Zeit haben die Tätigen, das heißt die Ruhelosen, mehr gegolten. Es gehört deshalb zu den notwendigen Korrekturen, welche man am Charakter der Menschen vornehmen muß, das beschauliche Element in großem Maße zu verstärken."⁵⁶

Auch die Begründung "inwiefern der Tätige faul ist", bleibt weitsichtig - wenn man zur privilegierten Schicht gehört und finanziell keine Sorgen hat, d.h. im System den richtigen Ort. Friedrich Schiller wusste, dass der "Nutzen [...] das große Idol der Zeit [ist], dem alle Kräfte fronen und alle Talente huldigen sollten", wußte aber auch, was Entbehrung ist, wenn er in seinen Briefen über die Ästhetische Erziehung erinnert: "Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat, aber er muss warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die

⁵³ Seneca: "Von der Ruhe des Gemüts" (De tranquillitate animi) in "L. Annaeus Seneca, Glück und Schicksal" Herg. Marion Giebel, Stuttgart 2009, S. 55.

⁵⁴ Die Aufgabe eines Bankers wird hier freilich sehr einseitig gesehen. Rutger Bregman erinnert in seinem Buch "Utopie für Realisten" allerdings sehr aufhellend über den nahezu wirkungslosen Streik der irischen Banker 1970. "Utopien für Realisten", Reinbek 2017 (3. Auflage 2019), S. 158 ff.

⁵⁵ Nietzsche, Friedrich, „Menschliches, Allzumenschliches“, Hg. Alfred Bäumler, Alfred Kröner Verlag Stuttgart. 8. Aufl. 1978. 1. Teil NR. 283 "Hauptmangel der tätigen Menschen", S. 229.

⁵⁶ ebenda, S. 230.

bessere Natur in ihm regen soll.“⁵⁷ So pflichtet ihm der Ökonom Charles Kenny gedanklich bei, indem er festhält: “Wenn Menschen arm sind, so liegt das vor allem daran, dass sie nicht genug Geld haben und es sollte keine große Überraschung sein, dass man das Problem sehr gut bekämpfen kann, indem man den Armen Geld gibt.“⁵⁸

Daher gibt es, neben den grundrechtlichen und sozialen, auch volkswirtschaftliche Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen, nämlich als eine stabilisierende Verteilungsstruktur in Krisenzeiten. In seinem Buch *Utopien für Realisten* bringt Rudger Bregman schöne Beispiele dafür, **dass wir uns Armut nicht mehr leisten können**, und erinnert an einige erfolgreiche Aktionen zur Armutsbekämpfung durch Geldzuwendungen in der jüngeren Historie. Ebenso ist hier Annie Lowrey und ihr Buch "Give People Money" zu nennen. Ich will diese nicht wiederholen und bitte, es in den sehr erhellenden Büchern nachzulesen, sondern erinnere daran, wieviel Begabung und Talente unserer Gesellschaft verloren gehen, dadurch, dass Millionen Kinder (jedes 7. Kind z.B. in Deutschland) derzeit (2025) in Armut aufwachsen müssen, und wieviel volkswirtschaftlicher Schaden durch die in der Folge generierten sozialen Kosten entsteht. Ist es nicht schon beschämend, dass man überhaupt mit Kosten argumentieren muss? Jedes Kind hat in den Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen verbrieft ein Recht auf Bildung und Entwicklung seiner Fähigkeiten.

Aber auch anders können wir uns die Blockade geistiger Entwicklung durch das Festhalten an der Erwerbsarbeit als alleinige Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe nicht mehr leisten. Jemand der permanent sein Überleben sichern muss, kann nicht kreativ und frei denken. Das wurde in der Corona-Krise nochmal besonders deutlich,

⁵⁷ Friedrich Schiller, Brief an den Herzog v. Augustenburg, 11. November 1793.

⁵⁸ Ökonom Charles Kenny „For Fighting Poverty, Cash Is Surprisingly Effektiv“ in: *Bloombergs Businessweek*, 3. Juni 2013. S.h. auch Annie Lowrey, "Give people money", NY 2018, S. 77 ff.

weil es auch die bislang "freiberuflichen" und damit als besonders fleißig geltenden Tätigen traf, indem sie zur Untätigkeit gezwungen wurden - damit zur Erwerbslosigkeit, damit zur Teilhabelosigkeit.

Zweitens: Wieviele talentierte Menschen kommen mit ihren Ideen nicht durch, können diese nicht entfalten, weil sie in irgendeiner Erwerbsarbeit festhängen, weil sie bei Kündigung dieser dann nicht wissen, wie sie sich finanzieren sollen?

Drittens: Wieviel völlig sinnlose Dienste werden angeboten, um irgendeine Marktlücke auszuloten, damit die Anbietenden ihr Leben fristen können? Man denke z.B. an das immer noch statthabende Herumtragen von Einwurfwerbung und Gratis-Zeitungen, obwohl fast an jedem Briefkasten erklärt wird, das diese unerwünscht seien. Die meisten selbständigen Gewerbe (Neueröffnungen, Neugründungen) aus Einkommensverzweiflung gehen später zu doppelter sozialer Last pleite, weil sie eben keine Marktlücke gefunden hatten. Oder anders herum gefragt: War das Verkaufen von Tamagotchis in den 90er Jahren (jetzt, 2025, soll eine Neuauflage derselben erscheinen), nur weil es bei Produktion gigantischer Müllberge für einige finanziell erfolgreich war, sinnvoll,- d.h. Gemeinwohl fördernd? Hier wäre auch eine umfassende Kritik der gesamten Werbung angebracht, sei es die einer vielschichtigen persönlichen Vermarktung oder die für Konsumgüter.

Ich erwähnte bereits, dass unser ganzes soziales Absicherungssystem (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, alle anderen Versicherungen) darauf abgestellt ist, dass Einkommen erzielt wird. Dabei gilt: Geht es der Wirtschaft gut, sofern sie zugleich Arbeitsplätze anbietet, dann geht es den Versicherungen und Krankenkassen gut. Geht es der Wirtschaft schlecht bzw. fallen aus irgendeinem Grunde die Einkommen aus, dann geht es auch den Absicherungssystemen schlecht. Das gleicht einem Rettungsseil, dass genau dann reißt, wenn es am meisten

gebraucht wird. Unsere sozialen Sicherungssysteme sind gut bei geringen Ausfallzahlen, bei genereller Belastung brechen sie zusammen, - und sie sind immer ausgrenzend, nämlich all jene, die, aus welchen Gründen auch immer, kein Einkommen erzielen können.

Den ständig wiederkehrenden Untersuchungen zur Arbeitseinstellung möglicher Grundeinkommensbezieher möchte ich zum Abschluss entgegen halten: **Alle Rentner sind im Grunde Empfänger eines "bedingungslosen Grundeinkommens"**. Die Auszahlung der Rente ist an keine Bedingung geknüpft. Jetzt schaue man sich die Rentner und ihr vielfältiges ehrenamtliche Engagement an. Wären die Menschen grundsätzlich faul, dann dürfte man auch Rentnern ihre Rente nicht auszahlen, Erben nicht ihr Erbe und Kapitalanlegern nicht ihre Rendite, vom Widerspruch einer solchen Einstellung zum Bildungsideal eines selbstbestimmten Menschen ganz zu schweigen.

So gilt es mehr denn je sich vor Augen zu führen, welche positiven Effekte durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für jeden Einzelnen sowie für die ganze Gesellschaft zu erwarten sein könnten. Bis auf die steuerlichen Aspekte sind viele der positiven Effekte auch beim Persönlichen Umweltkonto (PUK) zu erwarten. Die gemeinsamen Vorteile werden mit den mit einem Kürzel hinter der Nummerierung gekennzeichnet. Sollte selbst die Hälfte der von mir aufgeführten Effekte, zweifelhaft bleiben, wäre der Rest immer noch Grund genug, alles zu versuchen, das bedingungslose Grundeinkommen und/oder das Persönliche Umweltkonto möglich zu machen. Hier gilt, wie bei Verträgen: Die Hinfälligkeit einer Bestimmung lässt die anderen unberührt.

BGE - Rahmenbedingungen für die folgenden Ausführungen:

Es gibt zahlreiche Varianten zur Einführung des bedingungslose Grundeinkommens. Sie unterscheiden sich in verschiedenen Beträgen für Kinder und Erwachsene und in der Finanzierung. Am überzeugendsten scheinen mir derzeit die Vorschläge von Götz Werner und Benediktus Hardorp, die die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens (im Folgenden kurz BGE genannt) mit der Einführung einer Konsumsteuer verbindet, die wie die Mehrwertsteuer am Ende der Produktionskette beim Konsum von Dienstleistungen und Produkten erhoben wird, und damit zugleich eine umfassende Steuerreform fordert.

Das BGE erfolgt mit der Einführung einer Konsumsteuer und unter Abschaffung aller Steuern, die Arbeitsleistung und Produktion von Gütern oder das Angebot von Dienstleistungen betreffen: vor allem der Lohnsteuer und der Einkommenssteuer (exklusive Kapitaleinkommen).

Das BGE wird an alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland ausbezahlt, wächst in ein bestehendes Einkommen ein und kommt nicht obendrauf. Es betrage bei derzeitigem Kaufwert 1.000,- Euro.⁵⁹ Bitte beißen Sie sich nicht an diesem Betrag fest. Er wird für Alleinstehende nicht ausreichen, um ein Leben in voller Teilhabe an der Gesellschaft führen zu können. Aber ich denke viele wären sehr froh, wenn sie derzeit (2025) ein solches garantiertes Einkommen hätten. Mir geht es nicht darum, einzig das hier vorgeschlagene für die beste Lösung zu erklären, sondern den Blick auf die vielfältigen positiven Effekte zu erweitern, die ein BGE mit sich bringen kann.

Alle Sozialleistungen, die meist die Kommunen extrem belasten, fallen weg: Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe (Hartz IV), etc. Das BGE könnte

⁵⁹ D.h. März 2023.

z.B. bei besonders Bedürftigen, z.B. Menschen mit Behinderungen, gestaffelt erhöht werden.

Das BGE finanziert sich durch eine Konsumsteuer und wird als Steuerfreibetrag vom Staat (Bund) ausgezahlt, so wie es Götz Werner und Benediktus Hardorp u.a. bereits mehrfach vorgeschlagen haben. Ich empfehle die Darlegungen von Hänli und Schmidt "Grundeinkommen ein Kulturimpuls", wie sie als Video im Internet zu finden sind.

Nun zu den 23+ Lösungen gesellschaftlicher Probleme, die die Politik in Deutschland in den letzten Jahren sehr beschäftigt haben und in den kommenden Jahren verschärft durch Corona-Krise, Ressourcenmangel und Klimawandel weiter beschäftigen werden.

23 + Punkte von PUK und BGE

1

BGE + PUK

Armut, d.h. die versagte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die damit einhergehende Stigmatisierung ist abgeschafft, - wie zu tun sich die Bundesrepublik Deutschland per Grundgesetz in Nachfolge der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen längst verpflichtet hat. Wie bereits gesagt, ist man arm, weil man kein Geld hat, nicht weil man dumm ist. Vielmehr sind Unwissenheit und Unbildung eine direkte Folge von Armut. In der Menschenrechtserklärung durch die französische Nationalversammlung heißt es: „Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es. Gesellschaftliche Unterschiede dürfen nur im allgemeinem Nutzen begründet sein.“⁶⁰

⁶⁰ Art. 1, Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789.

Obdachlose hätten zumindest ein Einkommen, mit dem eventuelle Notunterkünfte selbst bezahlt werden könnten. Das Recht auf ein Girokonto erhält endlich Sinn, weil dort jetzt auch Einkommen ankommt. Denn, wie der Philosoph und Wirtschaftsforscher Amartya Sen festhält: „Poverty is, of course, a matter of deprivation“⁶¹

2

BGE + PUK

Kitaplätze wären besser finanzierbar: Private wie staatliche Kitas könnten von den Eltern durch das BGE der Kinder finanziert werden.

Das PUK würde dies durch den generellen Umverteilungseffekt bewirken. Vorteil: Mehr privates Engagement, weniger Staat, schnellere und unbürokratische Umsetzung. Gerade an der Umsetzung durch die finanziell angespannte Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden kommt der Ausbau nur langsam voran. Hingegen liegt der Vorteil der Subventionen durch Land und Stadt im Anreiz, die Kinder tatsächlich in die Kita zu geben. Hier könnte aber eine allgemeine Kita-Pflicht Abhilfe schaffen.

3

BGE + PUK

Durch BGE könnte eine Kranken- bzw. Alten-Pflege zu Hause finanziell und zeitlich deutlich leichter gewährleistet werden. Vorteil:

Pflege durch Angehörige wäre grundsätzlich sofort finanzierbar. Alle langwierigen Antragsprozeduren bei Krankenkassen o. sonstigen Dienstleistern wären z. T. obsolet. Sollten zusätzliche Mittel erforderlich sein, kann es ja diese weiterhin geben.

Aus nächster Nähe kenne ich eine Familie, Eltern mit drei Kindern, eines

⁶¹ Amartya Sen „Poverty and Famines“. s.h. auch die Studie des WSI, Report Nr. 79, November 2022: "Armut grenzt aus".

davon seit Geburt mit schwerer Behinderung. Der Vater verdient das Geld, alle anderen sind ohne Einkommen. Nach mehr als achtstündigem Arbeitstag bearbeitet er die Anträge zur Versorgung des Kindes mit Behinderung und bringt sich in dessen Betreuung ein, während die Mutter den ganzen Tag genug mit aller Betreuung zu tun hat. Eine dringend erforderliche zusätzliche Pflegekraft kann nur mit hohem bürokratischem Aufwand über die Institutionen erreicht werden. Gerne würde er seine Arbeitszeit verringern (nicht aufgeben!), aber dann fehle das Geld. Laut unserer Annahme stände der Familie im Ganzen ein BGE von 5000,- Euro zu. Damit wäre der Unterhalt der gesamten Familie ohne irgendwelche Anträge bei irgendeiner Sozialinstitution gesichert und die Kinder insgesamt betreut. Gefragt, was der Vater tun würde, wenn allen ein derartiges Grundeinkommen zukäme, antwortete dieser, dass er weiterarbeiten würde, aber in Teilzeit, um sich mehr um seine Familie, speziell das Kind mit Behinderung zu kümmern. Zahlreiche ähnliche Darstellungen finden sich in Annie Lowrey's Buch "Give people money".

Die Vermögensumverteilungseffekte des PUK würden hier ähnlich greifen.

4

BGE

Keine Schwarzarbeit, da keine Lohn- bzw. Einkommenssteuer, keine Arbeitslosen- und Sozialbeiträge⁶² daher keine Razzien und Kontrollen in dieser Hinsicht. Entlastung der Behörden: Ortungsamt + Polizei. Weniger Kontrolle durch den Staat, weniger Daten, weniger

⁶² Arbeitslosenversicherung könnte als private Zusatzversicherung weitergeführt werden. Die Grundkrankenversicherung liefere über das BGE.

Datenmissbrauch. Überhaupt: Durch das Wegfallen vieler Antrags- und Kontrollverfahren dank BGE und PUK, fallen auch deren Missbräuche weg.

5

BGE + PUK

Radikaler **Abbau von Bürokratie und damit finanzielle und personelle Entlastung der Kommunen**: Keine Lohnsteuer bzw. keine Einkommenssteuer, daher keine Erklärungen derselben, keine Formulare, Anträge, Ablehnungen, deutlich weniger Steuerberatung, kein Betrug in den Angaben. Kein Sammeln von Belegen über 10 Jahre. Anträge auf Kindergeld, BAföG, Sozialhilfe, Wohnhilfe etc. entfallen nebst Widersprüchen, Klagen und Gerichtsverfahren, - und dann auch kein Personalmangel in der öffentlichen Verwaltung, weil viele Verwaltungsstellen folglich überflüssig würden. Die Kommunen bräuchten viele Sozialleistungen nicht mehr zahlen und hätten mehr Geld zur Verfügung.

Weil PUK die bestehenden Strukturen nicht ändert kämen die Effekte indirekt zum Tragen. Nicht bei den Steuern, aber bei den deutliche verminderten Sozialanträgen und -leistungen und damit als Entlastung der kommunalen Verwaltung und Finanzierung.

6

BGE + PUK

Rohstoffe; Zeit und Energie werden gespart.

Man stelle sich allein die Papierberge von Formularen und Schreiben vor,

die allein durch den Wegfall bestimmter Verwaltungsprozeduren ebenfalls entfielen, nebst begleitender Ressourcen-Verschwendung, Strom, Computer, Kopierer etc. Auch die digitale Beantragung schafft gigantische Datenmengen, die es ebenfalls zu reduzieren gilt. Digitalisierung unsinniger Prozesse ist kein Fortschritt. Rohstoffe und Energie zu sparen, wird durch das PUK generell motiviert.

7

BGE + (PUK)

Fortbildung oder Studium sind für jeden jederzeit möglich, da finanzierbar. - Mangel an Unterhalt ist das große Hindernis für spätere Weiterbildung, wenn sie das Arbeitsamt nicht bezahlt. Spätestens mit dem BGE kann niemand mehr sagen, er habe aufgrund fehlender finanzieller Mittel das nicht lernen oder machen können, was er wollte. Dass dazu freilich auch noch andere Faktoren eine Rolle spielen, ist mir klar: Beschränkte Zugangsbedingungen, hohe Ausbildungsgebühren etc. Aber grundlegend wäre eine Umorientierung möglich. Die Umverteilungseffekte des PUK greifen erneut, da jeder durch dieses ein arbeitsunabhängiges Einkommen hätte.

8

BGE + PUK

Stärkung des Binnenkonsums. BGE und PUK wirken wie ein **Konjunkturprogramm ohne Staatsverschuldung.**

Nach Einführung von BGE oder PUK, wird es fraglich, inwieweit wir überhaupt noch Konjunkturprogramme brauchen. Denn Konjunkturprogramme dienen der Belebung des Konsums. Dieser wird gebraucht, damit Arbeitsplätze entstehen bzw. erhalten bleiben. Diese werden gebraucht, damit die Menschen ein Einkommen haben. Menschen zu

mehr Konsum anzutreiben, damit andere weiterhin einer Arbeit nachgehen können ist schlicht unsinnig sowie unter dem Aspekt des Umweltschutzes fatal. "Unbedingte Tätigkeit", schreibt Goethe, "macht zuletzt bankrott." Zur Grundsicherung der Bürger*innen, wären zumindest dergleichen Konjunkturpakete nicht notwendig. Durch die statthabende Umverteilung würden aber zunächst viele, das kaufen, was sie dringend benötigen, während Verschwendung bei den Geldreichen eingedämmt würde.

9

BGE + PUK

Schutz des Binnenmarktes ohne Abschottungssignal.

Wie zu Beginn als Voraussetzung genannt soll das BGE von einer grundlegenden Steuerreform begleitet sein. Statt aller produktionsbezogenen Steuern soll am Ende eine Konsumsteuer ausgleichend bei Verkauf erhoben werden (s.h. Hänli und Schmidt "Grundeinkommen - ein Kulturimpuls"). Folglich käme auf jede importierte Ware ebenso die übliche Konsumsteuer. Alle Waren ständen somit produktionstechnisch in einem fairen Wettbewerb. Versteckte Subventionen durch Steuererleichterung anderer Produktionsländer fielen nicht mehr so stark ins Gewicht. Ähnliches gilt fürs PUK: Umweltschädliche Produkte aus dem Ausland werden mit hohen Umweltpunkten belastet und sind folglich deutlich teurer als umweltfreundliche Inlandprodukte.

10

BGE

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Exportgüter, - dadurch, dass die produktionsbezogenen Steuern wegfallen (s. Punkt 9). Das ist eine ideale Antwort auf den sich in letzter Zeit [2020/21 und 2025] wieder breit

machenden Markt-Protektionismus à la Donald Trump. Die inländisch produzierten Waren würden durch die wegfallenden produktionsbegleitenden Steuern erheblich billiger. Sie wären auf dem Exportmarkt leichter abzusetzen. Zugleich würden importierte Waren aus Ländern, die viele derzeit bei uns nötigen Abgaben (z.B. zum Schutz der Umwelt) nicht haben, durch die Konsumsteuer gleichgestellt.

11

BGE + (PUK)

Familie wird wieder planbar. Derzeit und sicher auch in Zukunft wird ein mehrfacher Wechsel des Arbeitsplatzes und damit der Einkommenssituation stattfinden. Häufig werden nur noch Zeitverträge abgeschlossen. Dass jemand bei einer Firma in einer Position und Arbeit sein Leben lang bleibt, ist jetzt schon nicht mehr gegeben. Damit wird Zukunft weniger planbar. Auch wenn man derzeit gut gestellt ist und ein hohes Einkommen hat, weiß man nicht sicher, ob dies so bleibt. Zur Gründung einer Familie, zum Kauf einer Eigentumswohnung oder einem Haus, bedarf es aber einer Planungssicherheit. Das BGE würde diese Basis zurückgeben, und zwar jedem. Das PUK würde ebenfalls in diesem Sinne hilfreich sein, aber nicht direkt, weil es immer auf den umweltlich relevanten Lebenswandel ankäme; - daher habe ich PUK oben in Klammern notiert.

12

BGE + PUK

Liberalisierung der Familienmitglieder:

Parallel zur grundsätzlichen Planungssicherheit für Familien entsteht auch für die Familienmitglieder mehr Absicherung. Sie stehen sich jetzt auch finanziell gleichwertig gegenüber, da jedes Familienmitglied (bzw. Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft) ein Einkommen hat. Das ist bei Trennung nicht unerheblich, wenn der eine Ehepartner mit den Kindern

zurückgelassen wird. Heute haben in der Regel beide Ehepartner eine Berufsausbildung (aber eben nicht immer), damit aber noch lange keinen Arbeitsplatz, folglich ein Einkommen. Würde sich bei einer 4köpfigen Familie ein Ehepartner "davonmachen" und der andere bliebe mit zwei Kindern zurück, so hätten die Zurückgeblieben nach unserer Annahme ein monatliches Einkommen von 3000,- Euro. Damit wäre ihr Unterhalt gesichert.

Ebenso, wenn Kinder aus prekären sozialen Situationen herausgenommen werden müssten, würden sie ihr Grundeinkommen mitnehmen, so dass wenigstens insofern ein Unterhalt da ist und nicht womöglich der Verursacher der prekären Lage mit gutem Gehalt dasteht, während die Geschädigten nichts haben. Den selben Effekt hätte PUK.

13

BGE

Eltern sind als Arbeitsuchende, konkurrenzfähiger, da relativ günstiger.

Auch das wird in den Film "Grundeinkommen - ein Kulturimpuls" von Daniel Häni und Enno Schmidt gut veranschaulicht. Bei nur einem Erwerbstätigen in einer Familie, muss dieser die anderen mitversorgen, Alleinstehende müssen das nicht, haben für sich allein das ganze Gehalt und könnten ihre Arbeitskraft günstiger anbieten, als ein die Familie ernährende Person. Das BGE dreht die Verhältnisse um. Jetzt steht aufgrund des BGE die Familie grundlegend besser da. Ein Single hätte 1000 Euro, eine vierköpfige Familie 4000 Euro. Hätten beide die gleich Arbeitsstelle für bislang 5000 Euro im Monat, würde die Familie ernährende Person nur noch 1000 Euro hinzuverdienen müssen, die alleinstehende Person 4000 Euro.

Da aber gilt "gleiche Arbeit, gleicher Lohn", dürfte sich jetzt im Wettbewerb der Arbeitskräfte der Lohn bei einem Mittel einpendeln, ca. 2500 Euro.

Behalten Single und Familienmitglied beide ihre Stelle unverändert zum neuen Tarif bei, hat nun der Single 1000 + 2500 Euro im Monat zur Verfügung, die Familie 4000 + 2500 Euro, sprich 1500 Euro mehr als zuvor, die dem Single nun abgehen.⁶³

14

BGE + (PUK)

Ein echter Arbeitsmarkt entsteht, auf dem sich Arbeitnehmer (das sind Unternehmer*innen, die Arbeitskraft in Anspruch nehmen) und Arbeitgeber*innen (die ihre Arbeitskraft geben) auf Augenhöhe begegnen. Steckt man in Existenznot, hat man keine Verhandlungsbasis, d.h. keine Wahl. Diesen ausgleichenden Effekt zeigt jetzt schon der derzeitige "Fachkräftemangel". Die Unternehmen müssen, um Arbeitskräfte zu gewinnen, erheblich bessere Angebote machen.

Die verkehrende Formulierung des Kabarettisten Marc Uwe Kling scheint zunächst schrullig, ist sie aber nicht. Insbesondere wenn man die wertenden Bedeutungen berücksichtigt, wird die moralische Machtlage klar: Arbeitgeber, ist der, der etwas gibt, also "gut", "großzügig", "toll", - Arbeitnehmer, der, der nimmt und dankbar sein darf. Es wird damit ein Abhängigkeit- und Machtverhältnis definiert. Derzeit suggeriert das landläufige Verständnis der Begriffe, dass derjenige, der anderer Leistung in Anspruch nimmt, obendrein Dank erhalten soll; bzw. umgekehrt der, der dient, soll sich dafür entschuldigen, d.h. seine Schuld abtragen.

⁶³ "Grundeinkommen - ein Kulturimpuls" von Daniel Häni und Enno Schmidt, bei Youtube unter <https://www.youtube.com/watch?v=ExRs75isitw> zu finden.

15

BGE (PUK)

Arbeitsplatz-Sicherungsgesetze könnten gelockert werden, so dass Arbeitsunwillige oder für die Arbeit ungeeignete Arbeiter*innen leichter zu kündigen wären. Diese fallen dann nicht in die Existenznot, was eines der Hauptgründe für die Arbeitsplatzsicherung darstellte. Umgekehrt können Angestellte, wenn sie mit ihrem Arbeitsumfeld unzufrieden sind, der inneren Kündigung gleich die tatsächliche folgen lassen, weil sie nicht in die Einkommenslosigkeit fallen und wiederum, im Falle einer Familie, die anderen Familienmitglieder ebenfalls ein BGE erhalten. Ich will hier nicht dem "Hire and Fire" das Wort reden. Oft aber sind Arbeitssicherungsmaßnahmen wirklich hinderlich, um Menschen zu kündigen, die einfach ihre Arbeit schlecht oder garnicht erledigen, die z.T. systematisch und über Jahre z.T. über Jahrzehnte die sozialen Sicherungseinrichtungen ausnutzen, so dass krankheitsbedingte Leerstellen oft jahrelang nicht besetzt werden können.

16

BGE + PUK

Datenschutz: Weniger Daten werden erfasst, weil zahlreiche Kontrollmechanismen nebst Belegen nicht mehr nötig sind. Der Staat kontrolliert lediglich, ob jemand BGE-berechtigt ist, d.h. Bürger des Landes ist oder eine entsprechende Aufenthaltsgenehmigung hat, und ist Garant für den Bezug des BGE. Jetzt entstehen insbesondere durch die Online-Beantragung von Unterstützungsgeldern millionenfach Daten.

17

BGE + PUK

Konjunkturunabhängige Einkommenslage: Durch die **Konsumsteuer ist das BGE konjunkturunabhängig gesichert, auf ähnliche Weise das PUK.** Derzeit erhöht Arbeitslosigkeit die sozialen Ausgaben. Weniger Steuereinnahmen stehen höheren Sozialausgaben gegenüber. Zudem ist die Konsumsteuer die gerechtere Steuer, weil derjenige, der verbraucht, und dafür bestimmte Infrastruktur benutzt bzw. nötig macht, auch bezahlt. Die Mehrwertsteuer, wie sie derzeit besteht, gerät deswegen als "ungerecht" in die Kritik, weil sie Steuer von schon versteuertem Geld ist (Lohn- und Einkommenssteuer), weil sie die Preise nach oben treibe und somit die Vermögensungleichheit verstärke. Nach Abschaffung aller an Arbeit gebundener Steuern, hat sich der erste Punkt erledigt. Die anderen beiden Punkte sind nicht richtig gesehen, denn letztlich zahlt der Konsument schon heute alle Steuern und Abgaben, da diese von einem Unternehmen durch den Verkauf von Produkten oder Dienstleistungen erwirtschaftet werden müssen, sind also verdeckt in den Preisen enthalten. Auch dies wird im oben erwähnten Film von Häni und Schmidt gut dargestellt.

18

BGE (PUK)

Maschinenarbeit wird besteuert, durch die Besteuerung ihrer Produkte. **Menschenarbeit wird erschwinglicher.** Das ist besonders dort wichtig, wo Menschenarbeit erwünscht ist, z. B. in den Pflegeberufen. Durch das Entfallen der Lohnnebenkost sowie der Lohnsteuer werden die Personalkosten deutlich gesenkt. Im Zusammenhang mit dem BGE könnte es sogar zu einem doppelten Effekt kommen. Eine Pflegekraft verdiene 2100,- Euro brutto, davon gehen derzeit

ca.1/3 in Deutschland als Nebenkosten ab, d.h. 700,- Euro. Es bleiben 1.400 Euro netto. Da das BGE in den bestehenden Lohn hineinwächst (nicht oben drauf kommt) zahlt die Pflegeeinrichtung dieser Pflegekraft nach unveränderten Verhältnissen nur noch 1.100, - Euro und könnte bei gleichbleibenden Budget jetzt nahezu 2 Pflegekräfte für die Kosten von einer einstellen. Der Effekt wird sich aber in Wirklichkeit deutlich abschwächen, weil die Pflegekraft unter der Sicherheit und Freiheit des BGE und der Arbeitsmarktlage sehr wahrscheinlich mehr Lohn fordert als 1.100 €, vielleicht 1.800 €. (s.o. Punkt 13 u 14). Damit wäre sie bei einem Einkommen von 1.000,- € BGE + 1.800,- € Lohn, macht 2.800,- €. Die Pflegeeinrichtung würde immer noch 300,- € weniger ausgeben müssen. Sie würde mehr Pflegekräfte finden, weil diese im Vergleich zur Ausgangssituation (2.100,- € brutto) deutlich mehr Geld erhalten und könnte bei gleichbleibendem Budget statt 6 Pflegekräfte (Ausgangslage) 7 Pflegekräfte einstellen. Der Effekt für die Pflegeeinrichtungen dürfte deswegen in der Wirklichkeit nicht so beeindruckend sein, weil die Pflegekräfte derzeit chronisch unterbezahlt sind. In anderen Branchen z.B. im Handwerk und Gastronomie dürfte es anders sein. Bei PUK verhält es sich ähnlich: Denn PUK verteuert auch die Maschinen und deren Ressourcen beanspruchenden und Schadstoff ausstoßenden Arbeit.

19

BGE (PUK)

Kreative Leistungen sowie ehrenamtliche Leistungen werden gestärkt. Künstler aller Art müssen sich nicht permanent unter Niveau verkaufen, um ihre Existenz zu sichern. Durch BGE und PUK erhält Künstlerische Darstellung einen Rückhalt, der zugleich die Würdigung von Kunst und Bildung auf ein angemessenes Niveau hebt. Auch dies war und ist in der Corona-Krise sehr deutlich geworden. Viele der

freischaffenden Künstler standen vor dem Nichts. Die Staatlichen Hilfen kamen zögerlich und unzureichend. Ganze Gruppen wurden durch den Kontroll- und Vorschriftenwust ausgeschlossen. Unterstützungen wurden an absurde Bedingungen geknüpft. Zum Beispiel konnte sich ein freischaffender Posaunist mit staatlicher Unterstützung durchaus eine neue Posaune kaufen, aber nichts zu Essen.

20

BGE + PUK

Grundrente / Einkommen im Alter ist gesichert. Man wird einwenden, dass man mit 1.000,- € im Monat (nach unserer Annahme) auch heutzutage nicht zurecht komme. Das stimmt! Aber wo stehen wir heute in Deutschland?

"Eine Friseurin mit 40 Jahren Lohn auf einem Niveau von 40 Prozent des Durchschnitts kommt im Schnitt auf 0,4 [Renten-]Entgeltunkte pro Jahr. Die monatliche Rente beträgt 528,80 Euro. Der nach dem Verfahren berechnete Grundrenten-Zuschlag liegt bei 404,86 Euro. Insgesamt kommt die Frau dann also auf 933,66 Euro Rente. In vielen Fällen dürfte der Zuschlag aber deutlich darunter liegen."⁶⁴ Keine Frage ein BGE müsste heute (2025) bei 1.300 Euro liegen.

21

BGE + PUK

Kommunen werden finanziell und verwaltungsmäßig entlastet, weil sie nicht mehr für die soziale Grundsicherung verantwortlich sind. Viele Überprüfungs- und Kontrollmechanismen entfallen. Die so frei gewordene Arbeitsleitung kann an anderen Stellen tätig werden, was bei derzeitiger Unterbesetzung der kommunalen Behörden von großem

⁶⁴ <https://www.rtl.de/cms/grundrente-ab-2021-vor-allem-frauen-und-muetter-profitieren-4435374> entnommen 26.06.2020 13 Uhr.

Vorteil wäre.

22

BGE + PUK

Strukturschwache Regionen werden unterstützt, weil niemand mehr aus Einkommensmangel umziehen muss. Mangel an Arbeitsplätzen und dadurch Einkommensmöglichkeiten definieren maßgeblich den Begriff der "Strukturschwäche" einer Region. Im Übrigen würden nicht wenige Menschen gerne der Ruhe wegen von der Stadt aufs Land ziehen, können dies aber nicht, weil sich nicht wüßten, wovon sie dort ihren Lebensunterhalt bestreiten sollten. Eine Familie oder Gemeinschaft von 2-3 Personen könnte das dank BGE und PUK bedenkenlos tun, zumal auf dem Land Wohnraum günstiger ist.

23

BGE + PUK

Eine Grundrechte sichernde, faire Verteilungsstruktur wird errichtet. Wie wichtig das ist, zeigten die Arbeitseinschränkungen, die durch die Ausbreitung des Corona-Virus verursacht wurden. Menschen, die in einer solchen Notsituation durch Quarantäne von Erwerbsarbeit abgehalten werden, brauchen Zugriff zu lebensnotwendigen Gütern. Nicht nur die Dinge müssen da sein, es muss auch Zugriffsrecht im Sinne von Geld ermöglicht werden. Bei allen Festangestellten besonders bei verbeamteten ist die Virus-Pause vielleicht ein schöne Erholung, für alle anderen jedoch ein Einkommensdesaster. Hier erinnere man sich an die Studien von Armatya Sen zu der Hungersnot in Bengalen 1943. Nicht Mangel an Nahrung war der Grund für den Hungertod vieler, sondern Preissteigerung und damit die Unmöglichkeit eines großen Teils der Bevölkerung auf die vorhandenen Lebensmittel mittels ausreichenden Geldes zuzugreifen.

Umfassendes Persönliches Umwelt Konto, U-PUK

Das Umfassende PUK (U-PUK) würde alle in der Gesellschaft anfallenden wichtigen und knappen Ressourcen sowie dringend zu vermeidenden Emissionen berücksichtigen, also auch die der gesamten Wirtschaft, und deren durchschnittlichen Pro-Kopf-Wert als Punktemenge jedem Bewohner gleichermaßen seinem Umweltkonto zukommen lassen.

Jedes wirtschaftliche Unternehmen müsste sich dann bei den Bewohnern der Republik, je nach Ressourcenverbrauch und Emissionen, entsprechend Punkte besorgen (einkaufen).

Der soziale Ausgleich würde dadurch erheblich beschleunigt und auch gerechter. Warum?

Beschleunigt: Weil eine erheblich höhere Menge an Punkten im Spiel wäre, und zwar wirklich gleichmäßig verteilt.

Gerechter: Weil derzeit gerade in der Wirtschaft die Reichen (Geld-/Kapitaleigner*innen) bestimmen, was gemacht wird, und zwar allein durch die Macht des investierten Kapitals.

Wenn Elon Musk eine Autofabrik in Brandenburg bauen möchte, muss er zwar dafür auch jetzt schon einige durch demokratische Instanzen bestimmte Genehmigungsverfahren durchlaufen und dort festgehaltene Regel einhalten. Er kann aber sonst allein kraft des Geldes entscheiden, ob und wo eine solche Fabrik entstehen soll.

Unternehmerische Freiheit bleibt auch beim U-PUK erhalten, wird aber eingeschränkt, indem eine Unternehmung eine gewisse Menge an Umwelt-Punkten bräuchte, die auf dem Umwelt-Punkte-Markt unter

Konkurrenz aller Unternehmungen bei den Bewohnern*innen der Republik eingekauft werden müsste.

Das heißt, erst, wenn diese **Punkte (als direkt-demokratische Zustimmung der Bürger**, die sie verkaufen) zusammenkommen, kann sich eine Kapitalmacht entfalten. Sonstige gesetzliche Rahmenbedingungen blieben vom U-PUK unberührt.

Wer also ein Unternehmen angeht, das besonders geschützten Lebensraum oder Ressourcen beansprucht, oder hohe Emissionen verursacht (in Produktion oder Produkten), der wird dies entsprechend bezahlen müssen und zwar **direkt in Form eines sozialen Ausgleichs, und zwar nicht über den Staat. Das ist der liberale Aspekt von PUK.** Der Staat bleibe allein Wächter und Garant der einzuhaltenden Regeln und, in Form eines regierungsunabhängigen Instituts, Verwalter der Konten.